

Kommunale Integrationspolitik erfolgreich gestalten

DATEN, BEISPIELE, ERFOLGSFAKTOREN



INHALT

www.wegweiser-demographie.de	2
Die wichtigsten Daten ...	3
Gute Beispiele erfolgreicher Integrationspolitik aus NRW	9
Zehn Handlungsempfehlungen	29

www.wegweiser-demographie.de

DATEN, BEISPIELE, ERFOLGSFAKTOREN

Erstmals bietet die Bertelsmann Stiftung in Zusammenarbeit mit dem NRW-Ministerium MGFFI (Ministerium für Generationen, Familien, Frauen und Integration) und dem Institut GEBIT (Gesellschaft für Beratung sozialer Innovation und Informationstechnologie) in Münster wesentliche Daten zur Integration von Zuwanderern für alle Kommunen in NRW im Internet an. Diese Daten sind einsehbar unter: www.wegweiser-demographie.de. Gleichzeitig wird unter dieser Website die Sonderauswertung des Mikrozensus für das Land NRW sowie ein erläuterndes Thesenpapier von Dr. Bernhard Santel, MGFFI, veröffentlicht. Wie ist nun die Situation von Zuwanderern in Nordrhein-Westfalen? Die Daten geben Auskunft darüber, wie hoch der Zuwandereranteil in den Gemeinden, Städten und Kreisen des Landes ist und wie es um die Integration von Zuwanderern in Arbeitswelt, Kultur, Bildung und Politik bestellt ist. Im Folgenden werden die wichtigsten Ergebnisse der Datenauswertung in Auszügen dargestellt. Zudem finden Sie zehn Erfolgsfaktoren zur Integration von Zuwanderern in Kommunen sowie gute Beispiele aus Städten in Nordrhein-Westfalen. *Claudia Walther, Bertelsmann Stiftung*

Daten zur Integration von Zuwanderern in NRW

Die meisten der nachfolgenden Daten beziehen sich auf Ausländerinnen und Ausländer. Bis heute arbeitet die amtliche Bevölkerungsstatistik mit der Unterscheidung in Deutsche und Ausländer. Diese Einteilung ist trennscharf und hat ihre Berechtigung, sie sagt aber immer weniger über den Sachverhalt der Migration aus. So haben viele Deutsche – oft bedingt durch Einbürgerung – eine Zuwanderungsgeschichte, viele Ausländer sind hingegen nie zugewandert, sondern in Deutschland geboren.

Sowohl unter den Deutschen als auch unter den Ausländern sind also Menschen mit und ohne individuelle Zuwanderungsgeschichte. Für die Nutzung der Statistik besonders wichtig ist: Die Zahl der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte geht weit über die der Ausländer hinaus.

Der Mikrozensus 2005 hat darauf reagiert und die Deutsche/Ausländer-Unterscheidung zugunsten einer verbesserten Erfassung erweitert. Nordrhein-Westfalen ist das erste Bundesland, das differenzierte Daten über Menschen mit Zuwanderungsgeschichte vorgelegt hat. Danach haben knapp 4,1 Millionen Menschen oder 22,6 % der Einwohner in Nordrhein-Westfalen eine Zuwanderungsgeschichte, das heißt:

- sie haben entweder eine ausländische Staatsangehörigkeit,
- sind seit 1950 nach Deutschland zugewandert, oder
- haben mindestens ein Elternteil, der seit 1960 zugewandert ist oder eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt.

Diese Definition von „Menschen mit Zuwanderungsgeschichte“ erlaubt es insbesondere, auch die vielen Spätaussiedler und Aussiedler, die eingebürgerten ehemaligen Ausländer und auch die Kinder von Ausländern zu erfassen, die aufgrund des neuen Staatsangehörigkeitsrechts mit der Geburt Deutsche sind.

Dieser neue Erfassungsstandard bietet erweiterte Möglichkeiten für die 'Messung' von Integration. Ein wichtiges Ergebnis: Die Eingebürgerten schneiden bei allen Kennzahlen der Integration deutlich besser ab als die Ausländerinnen und Ausländer. Der für Ende 2007 geplante Integrationsbericht der nordrhein-westfälischen Landesregierung wird die Möglichkeiten des Mikrozensus umfassend nutzen. Allerdings fehlt es dem Mikrozensus an Tiefenschärfe bis hinunter in die Kreise und Städte. Um hier zu Aussagen über die Integration zu kommen, muss weiterhin auf die Deutsche/Ausländer-Unterscheidung zurückgegriffen werden – trotz der offenkundig zu Tage liegenden Schwierigkeiten.

Dr. Bernhard Santel, MGFFI

DIE WICHTIGSTEN DATEN ...

Die ausländische Bevölkerung Nordrhein-Westfalens

Wie hoch ist der Ausländeranteil an der Bevölkerung?

Ende 2005 lag der Ausländeranteil an der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens bei 10,7 %. Fast 2 Millionen Ausländer lebten zu diesem Zeitpunkt in Nordrhein-Westfalen. Der Mikrozensus für NRW zeigt jedoch, dass der Anteil von Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte 22,5 % beträgt, also etwa doppelt so hoch ist wie der Ausländeranteil (also der Anteil von Menschen mit nichtdeutschem Pass). Rund 4 Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen haben eine Zuwanderungsgeschichte.

Der Ausländeranteil ist in den Städten höher als in den Kreisen.

Der Anteil der Ausländer an der Bevölkerung liegt in den kreisfreien Städten über dem Landesdurchschnitt. Hier waren Ende 2005 im Mittel 13,4 % der Bevölkerung Ausländer. In der Hälfte der kreisfreien Städte lag ihr Anteil sogar noch höher. Der höchste Anteil findet sich in Düsseldorf mit 17,9 %, der niedrigste in Münster mit 7,3 %. In den Kreisen lag der Ausländeranteil Ende 2005 bei durchschnittlich 7,9 %.

Am niedrigsten ist der Ausländeranteil in der älteren Bevölkerung ab 65 Jahren. Ende 2005 waren lediglich 4,3 % der Einwohner Nordrhein-Westfalens, die 65 Jahre und älter waren, keine Deutschen. Im Durchschnitt der kreisfreien Städte liegt dieser Anteil bei 5,2 %, im Kreisdurchschnitt bei 3,1 %. In Köln sind 8,5 % der über 64-Jährigen Ausländer. Bei den Kreisen findet sich im Kreis Kleve mit 5,2 % der höchste Ausländeranteil in dieser Altersgruppe.

Wie hat sich die ausländische Bevölkerung in den letzten fünf Jahren entwickelt?

Durch verschiedene Faktoren (s. Kasten) ist im gesamten Nordrhein-Westfalen ein Rückgang der ausländischen Bevölkerung zu verzeichnen. Landesweit hat sie in den Jahren 2000 bis 2005 um 3,5 % abgenommen. In den kreisfreien Städten liegt der Rückgang im Durchschnitt bei 2,4 %, in den Kreisen bei 3,7 %.

Insgesamt hat sich in NRW im Jahr 2005 1,9 % der ausländischen Bevölkerung des Vorjahres einbürgern lassen. Hierbei unterscheiden sich Kreise und kreisfreie Städte kaum. Unter den kreisfreien Städten war der Anteil in Münster mit 3,2 % besonders hoch.

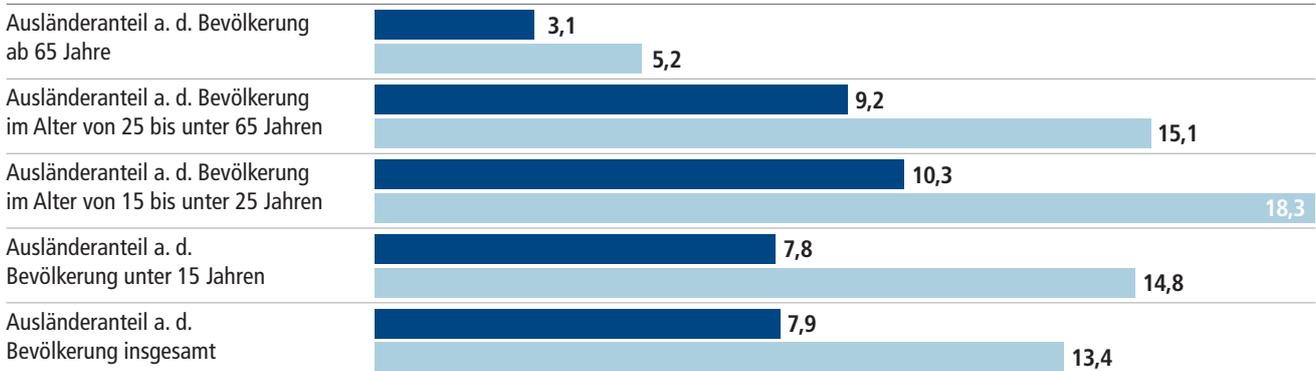
Wie stellt sich der Aufenthaltsstatus der ausländischen Bevölkerung Nordrhein-Westfalens dar?

Wie groß ist die Gruppe derjenigen, die sich einbürgern lassen könnten? Eine der wesentlichen Voraussetzungen für eine Einbürgerung ist ein Aufenthalt in Deutschland von mehr als acht Jahren. Dieses Kriterium erfüllten in Nordrhein-Westfalen Ende 2005 mit 38,6 % mehr als ein Drittel der ausländischen Bevölkerung.

In zwei Kreisen und zwei kreisfreien Städten lag dieser Anteil sogar bei mehr als der Hälfte: 57,9 % der ausländischen Bevölkerung in Remscheid und 50,7 % der Ausländer in Solingen hielten sich Ende 2005 seit mehr als acht Jahren in Deutschland auf. Auch in Köln war es knapp die Hälfte der ausländischen Einwohner.

Wie sieht es auf der anderen Seite mit dem Personenkreis aus, der einen unsicheren Aufenthaltsstatus aufweist? Laut Ausländerzen-

Ausländeranteil in Kreisen und kreisfreien Städten



Prozent der Bevölkerung

■ Kreise ■ Kreisfreie Städte

Quelle: LDS

| BertelsmannStiftung

tralregister lebten Ende 2005 61.093 Ausländer mit Duldungsstatus in Nordrhein-Westfalen. Dies waren 3,2 % der ausländischen Bevölkerung.

Lediglich 40 % der Geduldeten lebten dabei in einer kreisfreien Stadt, 60 % in einem Kreis. Der höchste Anteil geduldeter Personen in einer kreisfreien Stadt war Ende 2005 in Münster festzustellen: Zu diesem Zeitpunkt waren 8,2 % der ausländischen Bevölkerung nur geduldet.

Aussiedler in Nordrhein-Westfalen

Aussiedler besitzen einen deutschen Pass und sind daher aus der Einwohnerstatistik Nordrhein-Westfalens nicht herauszufiltern. Allerdings werden Aussiedler in der Schulstatistik des Landes erfasst. Diese Kennzahl gibt Anhaltspunkte über den Umfang dieser Gruppe in der Bevölkerung insgesamt.

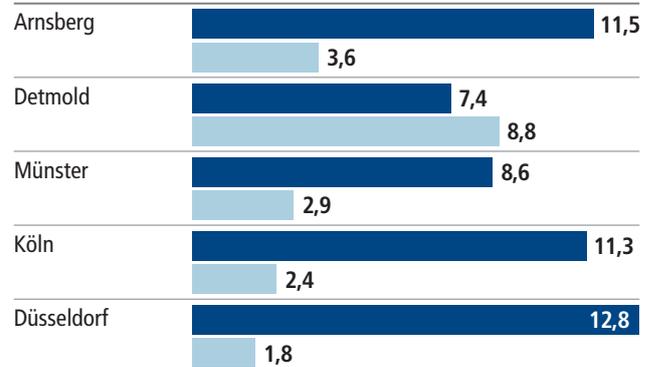
Wie hoch ist der Aussiedleranteil an Schulen?

Im Schuljahr 2005/2006 waren 4,2 % der Schüler allgemeinbildender Schulen in Nordrhein-Westfalen Aussiedler. Der größte Aussiedleranteil an der Schülerschaft findet sich im kleinsten Regierungsbezirk Detmold. Hier liegt er bei 8,8 %. In den Gemeinden dieses Regierungsbezirkes, findet man in fünf Gemeinden einen Aussiedleranteil von über 20 %. Dies sind Augustdorf im Kreis Lippe, Altenbeken im Kreis Paderborn, Preußisch Oldendorf im Kreis Minden-Lübbecke, Schieder-Schwalenberg im Kreis Lippe sowie Willebadessen in Kreis Höxter.

Der Aussiedleranteil ist in Kreisen höher als in Städten.

Vergleicht man den Anteil der Aussiedler an der Schülerschaft mit dem Ausländeranteil an der Bevölkerung unter 15 Jahren, zeigt sich, dass der Ausländeranteil in den Bereichen, in denen besonders viele Aussiedler leben, besonders niedrig ist. So ist im Regierungsbezirk Detmold mit 8,8 % der höchste Aussiedleranteil an der Schülerschaft festzustellen, gleichzeitig aber auch der niedrigste Ausländeranteil an der Bevölkerung unter 15 Jahren. Er liegt mit 6,8 % deutlich unter dem Landesdurchschnitt.

Ausländeranteil und Aussiedleranteil bei Kindern und Jugendlichen



Angaben in Prozent

■ Ausländeranteil an der Bevölkerung unter 15 Jahren ■ Aussiedleranteil an der Schülerschaft

Quelle: LDS

| BertelsmannStiftung

Integration in Bildung und Ausbildung

Wie viele Schüler im 1. Schulbesuchsjahr haben einen vorschulischen Sprachkurs besucht?

Die Sprachstandsfeststellung vor dem Schuleintritt und das Angebot vorschulischer Sprachförderung wurden geschaffen, um die Situation von Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Insgesamt 11,6 % der Schüler, die 2005 eingeschult wurden, hatten zuvor einen Sprachförderungsangebot wahrgenommen, da sie nach den Ergebnissen der Sprachstandsfeststellung nicht über genügend Sprachkenntnisse verfügten, um dem Unterricht angemessen folgen zu können.

Dieser Anteil liegt in den kreisfreien Städten mit 14,7 % deutlich höher als in den Kreisen, wo lediglich 8,9 % der Schüler im ersten Schulbesuchsjahr eine solche vorschulische Sprachförderung absolvierten. **Der Anteil der Schüler im ersten Schulbesuchsjahr, die einen Sprachförderkurs besucht haben, und der Ausländeranteil an der Bevölkerung hängen dabei eng zusammen.**

Ein noch engerer Zusammenhang zeigt sich mit dem Anteil islamischer Schüler. **Je höher der Anteil islamischer Kinder und Jugendlicher an der Schülerschaft, desto mehr Eingeschulte haben Sprachförderkurse besucht.** Die Religionszugehörigkeit steht hierbei für den Umfang der türkischen Bevölkerungsgruppe, in der Probleme mit der Beherrschung der deutschen Sprache besonders häufig bestehen.

In den nordrhein-westfälischen Städten ist der Anteil islamischer Schüler mehr als doppelt so hoch wie in den Kreisen. Im Durchschnitt waren 15,4 % der Schüler in den kreisfreien Städten islamisch, in den Kreisen lediglich 7,3 %. Dies zeigt auch, dass gerade in städtischen Schulen ein Unterrichtsangebot in Islamkunde von besonderer Bedeutung ist.

Den höchsten Anteil islamischer Schüler findet man im Schuljahr 2005/2006 in Duisburg. Hier waren 26,1 % der Schüler allgemeinbildender Schulen islamischen Glaubens.

Gleichzeitig haben 24,8 % der Eingeschulten einen vorschulischen Sprachkurs besucht. Umgekehrt waren 6,3 % der Schüler in Münster islamischen Glaubens, und 9,2 % der Eingeschulten besuchten zuvor einen Sprachförderkurs.

Wie hoch ist der Anteil der Ausländer an Förderschulen?

Ein Viertel der Schüler in Nordrhein-Westfalen, die im Schuljahr 2005/2006 eine Förderschule mit Schwerpunkt Lernen oder eine Förderschule mit Schwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung besuchten, waren Ausländer. Ein Vergleich mit dem Ausländeranteil an der Bevölkerung unter 15 Jahren zeigt, dass die Gruppe der ausländischen Schüler in Förderschulen deutlich überrepräsentiert ist: Lediglich 10,8 % der unter 15-Jährigen besaßen Ende 2005 keinen deutschen Pass. Im Durchschnitt lag der Anteil der ausländischen Schüler an der Förderschule also um 13 % über dem Anteil an der Bevölkerung.

Ausländische Schüler an der Förderschule und Ausländerkinder in NRW



Angaben in Prozent

Quelle: LDS

BertelsmannStiftung

In Monheim waren im Schuljahr 2005/2006 fast 52 % der Schüler an der Förderschule mit Schwerpunkt Lernen bzw. der Förderschule mit Schwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung Ausländer, der Ausländeranteil an der Bevölkerung unter 15 Jahren lag bei 14,4 %. In weiteren 32 Gemeinden Nordrhein-Westfalens lag der Anteil der Ausländerkinder an den Förderschulen bei über einem Drittel.

Mit welchen Abschlüssen verlassen ausländische Schüler die Schule?

In Nordrhein-Westfalen haben Ende des Schuljahres 2004/2005 knapp 26 % aller Schulabgänger ihre Schullaufbahn mit der allgemeinen Hochschulreife abgeschlossen. In der Gruppe der ausländischen Schulabgänger waren es mit 10,3 % nicht einmal halb so viele.

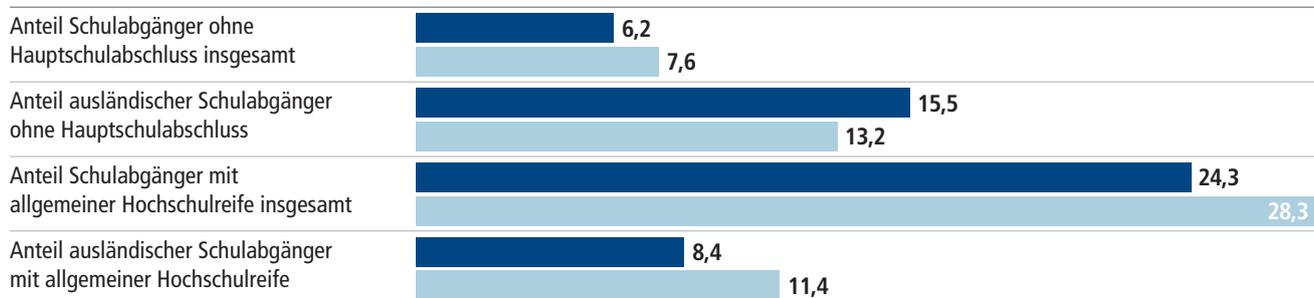
Umgekehrt haben im Schuljahr 2004/2005 knapp 7 % der Schulabgänger die Schule ohne einen Hauptschulabschluss verlassen. Bei den ausländischen Schulabgängern liegt dieser Anteil mit 14 % doppelt so hoch.

Während bei den Schülern insgesamt das Bildungsniveau auf dem Land etwas niedriger ist, gilt dies für ausländische Schüler nicht: Sie schneiden in den Städten etwas besser ab als in den Kreisen.

Inwieweit gelingt eine Integration in der Ausbildung?

Im Durchschnitt befanden sich Ende 2005 55,8 % der 18- bis 20-Jährigen in Nordrhein-Westfalen in einem sozialversicherungs-pflichtigen Ausbildungsverhältnis. Betrachtet man nur die Gruppe der ausländischen Jugendlichen dieser Altersgruppe, ist es nicht einmal die Hälfte: Lediglich 23,5 % der jungen Ausländer standen zu diesem Zeitpunkt in einem solchen Ausbildungsverhältnis. Die Ausbildungssituation stellt sich für junge Ausländer auf dem Land etwas besser dar als in der Stadt.

Schulabgänger nach Abschlüssen



Prozent der Schulabgänger

■ Kreis ■ Kreisfreie Städte

Quelle: LDS

BertelsmannStiftung

Integration in Arbeit

Wie hoch ist die Arbeitslosigkeit in der ausländischen Bevölkerung Nordrhein-Westfalens?

Arbeitslosigkeit ist in der ausländischen Bevölkerung stärker verbreitet als in der Bevölkerung insgesamt. In Nordrhein-Westfalen waren Mitte 2006 13,4 % der ausländischen Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren arbeitslos gemeldet. In der Bevölkerung dieser Altersgruppe insgesamt lag der Anteil bei 8,6 %.

Die Arbeitslosigkeit der ausländischen Bevölkerung ist in kreisfreien Städten höher als in Kreisen. Mitte 2006 waren durchschnittlich 15,2 % der ausländischen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in den Städten arbeitslos gemeldet; in den Kreisen waren es im Mittel 11 %. In Gelsenkirchen war zu diesem Zeit-

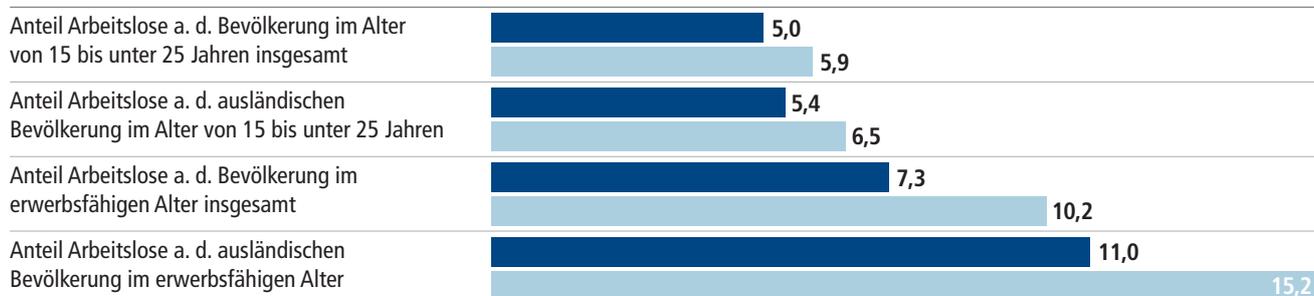
punkt ein Fünftel der ausländischen Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren arbeitslos. Auch in Leverkusen, Bielefeld, Hagen, Mönchengladbach, Mülheim, Wuppertal, Essen und Köln lag die Arbeitslosigkeit über dem Durchschnitt der kreisfreien Städte.

Die Kreise mit dem höchsten Arbeitslosenanteil in der ausländischen Bevölkerung ist der Rheinisch-Bergische Kreis mit 17,2 %, gefolgt von den Kreisen Recklinghausen, Herford und Aachen.

Wie hoch ist die Arbeitslosigkeit bei den unter 25-Jährigen?

In der Altersgruppe der 15- bis unter 25-Jährigen liegt die Arbeitslosigkeit sowohl insgesamt als auch in der Gruppe der Ausländer deutlich niedriger. Im Durchschnitt waren in Nordrhein-Westfalen Mitte 2006 5,3 % der Bevölkerung im Alter von 15 bis 24 Jahre arbeitslos gemeldet.

Anteil Arbeitslose an der Bevölkerung



Prozent der Schulabgänger

■ Kreis ■ Kreisfreie Städte

Quelle: LDS

BertelsmannStiftung

Armut

Mit der Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe zu Beginn 2004 sind Daten aus diesem Bereich wichtige Indikatoren für die soziale Lage geworden.

Wie hoch ist der Anteil der Hartz-IV-Empfänger?

Zwar ist die Datenlage im Hinblick auf die ausländischen Empfänger dieser Leistungen nicht vollständig, der Blick auf die vorhandenen Daten zeigt jedoch eine deutlich höhere Betroffenheit dieser Bevölkerungsgruppe: In den 19 kreisfreien Städten, für die Zahlen vorliegen, lag der durchschnittliche Anteil der Arbeitslosengeld-II-Bezieher an der ausländischen Bevölkerung bei 23,7 %. Dagegen bezogen 9,4 % der Bevölkerung in NRW insgesamt (und 11,7 % in den Städten) Leistungen nach dem SGB II. In Gelsenkirchen haben Mitte 2006 mit 31,4 % fast ein Drittel, der ausländischen Bevölkerung diese Leistungen erhalten. Der niedrigste Wert findet sich in Bonn mit 16,2 %. Auch in den Kreisen zeigt sich ein deutlicher Unterschied zwischen den Gesamtwerten und den Werten für die ausländische Bevölkerung: In den 22 Kreisen, für die Zahlen vorliegen, lag der durchschnittliche Anteil der Arbeitslosengeld-II-Bezieher bei 17,2 % (zum Vergleich: 7,3 % der Gesamtbevölkerung in Kreisen mit ALG II Bezug).

Wie hoch ist der Anteil der Hartz-IV-Empfänger bei den unter 15-Jährigen?

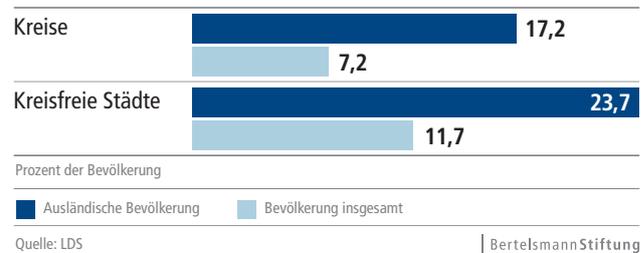
Leistungen nach dem SGB II erhalten nicht nur Erwachsene, sondern auch die Kinder in den Bedarfsgemeinschaften. Wie viele Kinder unter 15 Jahren sind hiervon in Nordrhein-Westfalen betroffen, und wie sieht es in der Gruppe der ausländischen Kinder aus?

Auch zur Beantwortung dieser Frage liegen keine vollständigen Daten vor. In den 22 kreisfreien Städten, für die diese Daten ausgewiesen werden können, erhielten Mitte 2006 durchschnittlich 23,1 % der Bevölkerung unter 15 Jahren Sozialgeld, in den Kreisen waren dies im Durchschnitt 12,9 %.

In der Gruppe der ausländische Kinder und Jugendlichen lag der Anteil der Sozialgeldempfänger Mitte 2006 noch einmal deutlich höher als bei den unter 15-Jährigen insgesamt. Die Daten liegen für jeweils 19 kreisfreie Städte sowie 19 Kreise vor. In diesen Städten erhielten durchschnittlich 38,3 % der ausländischen Bevölkerung unter 15 Jahren Sozialgeld, in den Kreisen 27,6 %.

In Bielefeld ist dabei der höchste Anteil zu finden: Hier lebte im Juni 2006 fast die Hälfte der ausländischen Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren (47,3 %) in Bedarfsgemeinschaften, die Leistungen nach dem SGB II erhielten. Aber auch in Gelsenkirchen, Essen, Dortmund, Köln, Hagen, Mönchengladbach, Wuppertal und Herne liegt ihr Anteil über 40 %.

Anteil Hartz-IV-Empfänger an der Bevölkerung



Der Kreis mit dem höchsten Anteil an Hartz-IV-Empfängern an der ausländischen Bevölkerung unter 15 Jahren ist wiederum Recklinghausen. Hier erhielt 39,3 % der ausländischen Kinder und Jugendlichen Sozialgeld. In den Kreisen Unna und Herford lag.

Wie hoch ist der Anteil der älteren Ausländer, die auf Grundsicherung im Alter angewiesen sind?

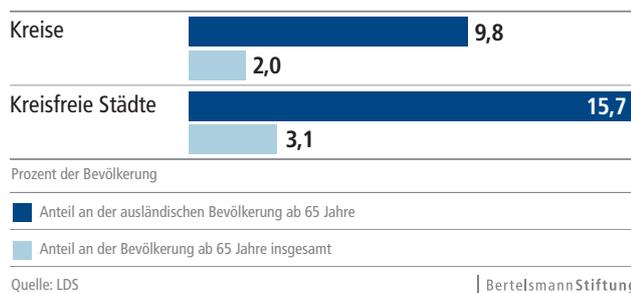
Zur Sicherung des Lebensunterhaltes im Alter können Personen ab 65 Jahren in Deutschland Grundsicherungsleistungen gemäß SGB XII erhalten. Grundsicherung im Alter ist damit ein Indikator für Altersarmut, da die Betroffenen zu geringe Einkünfte haben, um ihren Lebensunterhalt allein aus eigenen Mitteln zu bestreiten.

Landesweit besaßen Ende 2005 lediglich 4,3 % der ab 65-Jährigen keinen Deutschen Pass. Der Anteil der Ausländer an der älteren Bevölkerung ist damit nicht einmal halb so hoch wie der Ausländeranteil an der Bevölkerung insgesamt. [Diese vergleichsweise kleine Gruppe der älteren ausländischen Einwohner Nordrhein-Westfalens](#) ist jedoch besonders häufig von Altersarmut betroffen:

Ende 2005 haben insgesamt 2,6 % der Einwohner ab 65 Jahren Leistungen zur Grundsicherung im Alter erhalten. In der ausländischen Bevölkerung liegt dieser Anteil mit landesweiten 14,5 % mehr als fünf Mal so hoch. In den kreisfreien Städten des Landes sind sogar 15,7 % der ausländischen Bevölkerung ab 65 Jahren von Altersarmut betroffen. Am höchsten ist dieser Anteil in Münster. Hier war mehr als ein Viertel, nämlich 25,9 % der älteren Ausländer auf Grundsicherungsleistungen angewiesen. In weiteren sieben kreisfreien Städten liegt der Anteil bei über einem Fünftel der ausländischen Bevölkerung dieser Altersgruppe. In den Kreisen ist der Anteil derjenigen, die im Alter auf Grundsicherungsleistungen angewiesen ist, geringer. Insgesamt haben Ende 2005 2 % der Kreisbevölkerung Nordrhein-Westfalens ab 65 Jahren solche Leistungen erhalten. In der Gruppe der ausländischen Kreisbewohner dieses Alters ist es jedoch mit 9,8 % ebenfalls deutlich mehr als im Durchschnitt.

Elke Bruckner, GEBIT

Anteil Empfänger von Leistungen zur Grundsicherung im Alter



GUTE BEISPIELE ERFOLGREICHER INTEGRATIONSPOLITIK AUS NRW

ESSEN – SPRACHE ERSCHLIESST HANDLUNGSKOMPETENZEN

DEMOGRAPHIE-PROFIL:

Bundesland (Landkreis)
Nordrhein-Westfalen (kreisfreie Stadt)

Verwaltungseinheit
Großstadt

Bevölkerung (31.12.2003)
589.499

Entwicklung 1996–2003 (in %)
–3,6 %

Entwicklung 2003–2020 (in %)
–6,3 %

Ausländeranteil (in %)
+11,6 %

Räumliche Einordnung
Agglomerationsräume – Kernstädte



Ziel:

- Mit dem Ratsbeschluss zum „Interkulturellen Gesamtkonzept“ erhielt die Verwaltung den Auftrag, ein Gesamtkonzept zur Förderung der Sprachkompetenz für die gesamte Bildungskette – von der „Wiege bis zur Bahre“ – mit dem Schwerpunkt des Erlernens der deutschen Sprache im Elementarbereich und in den Familien zu erstellen und als zukünftigen Schwerpunkt zu gestalten.

Strategie:

Das Gesamtkonzept Sprachförderung umfasst – orientiert an Zielgruppen – drei Programmteile:

- Entwicklung und Optimierung von Angeboten zur Sprach- und Sprechförderung für Kinder im Elementar- und Primärbereich im Zusammenhang mit Elternbildung und interkultureller Erziehung
- Optimierung von Angeboten für Kinder und Jugendliche in der Sekundarstufe I und II im Rahmen von Berufswahlvorbereitung, von Qualifizierung und Ausbildung
- Optimierung von Angeboten zur Sprachförderung für Erwachsene im Rahmen von Erwachsenen- und Elternbildung

Den Schwerpunkt des Gesamtkonzeptes bildet der Elementarbereich aus zwei strategischen Überlegungen: zum einen erfolgt Sprachbildung im Alter bis sechs Jahre am intensivsten und effektivsten, und zum anderen bieten sich der Kommune hier bessere Steuerungsmöglichkeiten (Zuständigkeiten).

Akteure:

- RAA/Stelle für interkulturelle Arbeit
- Mütter
- Kindertageseinrichtungen
- Fachkräfte Deutsch als Zweitsprache

Ausgangslage/Problemstellung:

Die Stadt Essen verzeichnete in den vergangenen 30 Jahren einen Bevölkerungsverlust von über 120.000 Einwohnern. In den nächsten 20 Jahren wird die Bevölkerungsentwicklung durch einen großen Rückgang des einheimischen Bevölkerungsanteils von gegenwärtig 80 % auf unter 70 % geprägt, in einigen Stadtteilen sogar noch mehr.

Mitte der 90er Jahre ließen Probleme mit nicht integrierten Menschen libanesischer Herkunft mit ihren deutschen Vermietern, Nachbarn und städtischen Ämtern die Grenzen der traditionellen Verwaltungssteuerung offenkundig werden. Daraufhin wurde eine erste Projektgruppe eingerichtet, um die Arbeit der verschiedenen Ämter, Institutionen und Organisationen zentral und dezentral in den Stadtteilen zu koordinieren, Ressourcen zu bündeln und bürgerschaftliches Engagement zu fördern.

Dieses Modell legte die Grundlagen für die jetzige Organisationsstruktur der Integrationspolitik der Stadt Essen, bei der nichtstädtische Netzwerkpartner an zentralen Steuerungsfunktionen auf oberster Verwaltungsebene beteiligt werden.

Umsetzung:

Ein zentraler Bestandteil des „Gesamtkonzeptes Sprachförderung“ ist die „Sprachförderung und Elternbildung“ mit dem Stadtteilmütter-Projekt. Ziel des Konzeptes ist es, die Erziehungskompetenz von Migrantenmüttern, insbesondere mit türkischer bzw. arabischer Erstsprache, zu stärken und diese für die Förderung der deutschen Sprache sowie der Erstsprache zu sensibilisieren. Dadurch werden die Eltern auch zu einer größeren sprachlichen Interaktion mit den Kindern aktiviert. Das in 50 Kitas durchgeführte Programm besteht aus drei Modulen:

- Um die Sprachförderung in die alltägliche Arbeit in der Kinder-einrichtung zu integrieren, wird das gesamt dort arbeitende Team entsprechend qualifiziert und fortgebildet.
- Mütter mit gleich guten Kenntnissen der eigenen Sprache wie auch Deutsch werden zu „Stadtteilmüttern“ qualifiziert. In dieser Funktion leiten sie eine Gruppe von Müttern dazu an, den Spracherwerb mit ihren Kleinkindern spielerisch zu fördern und zu üben. Daneben dienen die Gruppentreffen der allgemeinen Diskussion allen Fragen des täglichen Lebens in den Familien. Alles findet auf Deutsch und zu Teilen auch in der jeweiligen Muttersprache statt. Die Stadtteilmütter stellen auch die Kontakte zu den Erzieherinnen her.
- In Wertschätzung der Muttersprache fördern zusätzliche Fachkräfte systematisch die Zweitsprache Deutsch in den pädagogischen Institutionen.

Die Stadt fördert den Spracherwerb auch über den Elementarbereich hinaus. Zu den weiteren Projekten zählen:

- Rucksack in der Grundschule – koordinierte Sprachförderung und Elternbildung
- SCHUBILE – Schulen fördern bilinguales Lernen in der Grundschule
- Interkulturelle Spiel- und Lerngruppen

Bürgerbeteiligung:

- Durch das Stadtteilmütter-Projekt wurden die teilnehmenden Frauen zur aktiven Mitarbeit motiviert. Einige Mütter wurden zu Stadtteilmüttern qualifiziert.

Finanzierung:

- Die Stadt Essen hat im Rahmen des Gesamtkonzeptes Sprachförderung ein Maßnahmenbündel zur Sprachförderung im Kontext interkultureller Erziehung und Bildung beschlossen und diesen Einsatz im Haushaltsjahr 2006 auf über 600.000 Euro angesetzt.

Erfolge:

- Die Evaluation zeigt, dass das Projekt „Sprachförderung und Elternbildung“ über den Spracherwerb hinausgehende Integrationsaufgaben erfolgreich erfüllt.
- Die Mütter gaben in einer Befragung an, dass sich nicht nur ihre eigene Beziehung zum Kind positiv entwickelt habe, sondern die Kinder auch besser mit ihrem Umfeld kommunizieren. Gleichzeitig fühlen sich die Mütter in der Struktur der Kindertagesstätten wohler, engagieren sich stärker und hätten mehr Interesse daran Deutsch zu lernen.
- Der Erfolg hat Essen veranlasst, die Methode als Maßnahme der „Interkulturellen Sprachförderung und Elternbildung“ durch kommunale Mittel zu erweitern und fortzuführen.

Kontakt:

Dr. Helmuth Schweitzer

RAA/Büro für interkulturelle Arbeit

Tiegelstr. 27

45141 Essen

Telefon 0201 8328-400

E-Mail helmuth.schweitzer@interkulturellesbuero.essen.de

Weitere Informationen:

www.essen.de

Bertelsmann Stiftung, Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Erfolgreiche Integration ist kein Zufall. Strategien kommunaler Integrationspolitik. Gütersloh 2005. S. 47

SOLINGEN – INTEGRATIONSKONZEPT IM PARTIZIPATIVEN PROZESS

DEMOGRAPHIE-PROFIL:

Bundesland (Landkreis)

Nordrhein-Westfalen (kreisfreie Stadt)

Verwaltungseinheit

Mittelstadt

Bevölkerung (31.12.2003)

164.543

Entwicklung 1996–2003 (in %)

–0,3 %

Entwicklung 2003–2020 (in %)

–4,2 %

Ausländeranteil (in %)

+13,8 %

Räumliche Einordnung

Agglomerationsräume – Kernstädte

Ausgangslage/Problemstellung:

Solingens Bevölkerungszahl ist im letzten Jahrzehnt kontinuierlich gesunken, langfristig wird ein Rückgang um 4,2 % erwartet.

Der Anteil der ausländischen Einwohner an der Solinger Bevölkerung beträgt 13,9 %, der Anteil der Zugewanderten ist aber weit höher: Unter Berücksichtigung von Aussiedlern und Eingebürgerten liegt die Quote bei mehr als 20 Prozent. In der Altersgruppe der unter Dreijährigen haben 41 Prozent der Kinder einen Migrationshintergrund.

Der Großteil der Migranten ist gut integriert, allerdings ist diese Bevölkerungsgruppe stärker von Benachteiligungen betroffen, die sich auf Gesundheit, Lebensqualität und Zukunftschancen auswirken.

Der Brandanschlag 1993 auf eine türkische Familie beeinflusste das Stadtklima nachhaltig. In der Folge kam es zu verstärkten Bemühungen um ein friedliches Zusammenleben von Deutschen und Ausländern.

Ziel:

- Das friedliche Zusammenleben aller Solinger zu garantieren durch stärkere Partizipation und die Einbindung der ausländischen Bevölkerung in Solingen

Strategie:

- Erstellung eines interkulturellen Gesamtkonzeptes „Vision Zusammenleben 2010“ in einem partizipativen Prozess mit allen Akteuren
- Schaffung eines Netzwerkes aller beteiligten Kräfte und Institutionen, um eine gute Nutzung der vorhandenen Ressourcen von Kommune, Verbänden und Vereinen sowie anderen Akteuren zu erreichen
- Verbesserung der politischen Teilhabemöglichkeiten von Zugewanderten durch Modellprojekte zur politischen Partizipation nach der Experimentierklausel der Gemeindeordnung NRW

Meilensteine:

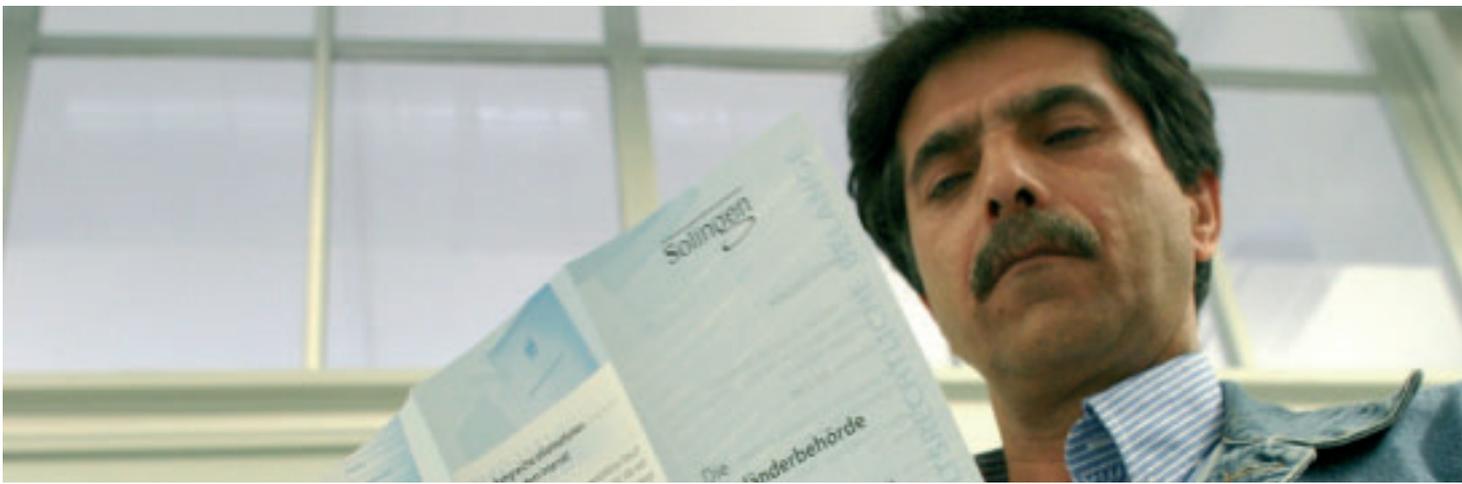
- 2001 Verabschiedung des interkulturellen Gesamtkonzeptes „Vision Zusammenleben 2010“
- 2004 Einrichtung des „Zuwanderer- und Integrationsrates“ bestehend aus zehn direkt gewählten Vertretern der Ausländer und Ausländerinnen sowie neun Mitgliedern des Rates
- 2006 Herausgabe eines Integrationsleitfadens für Solinger Neuzuwanderer

Akteure:

- freie und öffentliche Träger
- Wohlfahrtsverbände
- Zuwanderer- und Integrationsrat
- Migrantenselbstorganisationen
- Stadtverwaltung

Umsetzung:

- In einem zweijährigen Prozess trafen sich Vertreter der freien und öffentlichen Träger und Selbstorganisationen in fünf Arbeitsgruppen zu den Bereichen Beschäftigung, Gesundheit, Wohnen, Jugendhilfe/Schule und Sprache.
- In den Arbeitsgruppen erfolgte eine Analyse der Problemlagen, Bestandserhebung der Angebote und Projekte sowie Entwicklung von Zielen und Handlungsempfehlungen.
- In der Verwaltung wurde eine Umsetzungsgruppe eingesetzt, die aus Vertretern aller Verwaltungsressorts, des Zuwanderer- und Integrationsrates sowie der Wohlfahrtsverbände besteht.



- In der Gruppe wird der jeweilige Entwicklungsstand rund um das Thema Integration reflektiert, um daraus Handlungsoptionen abzuleiten und in die Ressorts einzubringen.
- Zur weiteren Verbesserung der Steuerung wird derzeit an einem gesamtstädtischen Indikatorensystem gearbeitet. Darum sollen die für die Zielerfüllung relevanten Daten gesammelt werden, um den Planungsprozess zu erleichtern.
- Schwerpunkt der derzeitigen Arbeit liegt in den Bereichen: Sprache und Sprachförderung, Arbeit und Beschäftigung, Gesundheit, Wohnen sowie Schule und Jugendhilfe.

Bürgerbeteiligung:

- Vertreter aller relevanten Vereine, Selbstorganisationen und Wohlfahrtsorganisationen waren in die Erstellung des Gesamtkonzeptes eingebunden.

Finanzierung:

- Die Stadt Solingen erhält für die Weiterentwicklung der strategischen Integrationsarbeit seit 2005 Projektmittel aus dem Programm des Ministeriums für Generationen, Familien, Frauen und Integration des Landes NRW „KOMM IN-NRW – Innovation in der kommunalen Integrationsarbeit – eine Förderung durch das Land NRW“.
- Da Integration als Querschnittsaufgabe der gesamten Verwaltung verstanden wird, erfolgt die Unterstützung von Projekten selbstverständlich aus unterschiedlichen Etatpositionen.

Erfolge:

- Eine Vielzahl von unterschiedlichen Maßnahmen wurde in der Kommune gemeinsam entwickelt und aufeinander abgestimmt.
- Integration wird in Solingen als Querschnittsaufgabe ernst genommen und in einem vielfältigen Netzwerk mit Vereinen, Verbänden, Initiativen und kommunalen Beschäftigten umgesetzt.

- Das Interkulturelle Handlungskonzept schafft die Grundlage für strukturiertes Handeln. Derzeit wird gemeinsam ein Kennzahlensystem erarbeitet, um die Erfolge der Maßnahmen besser messbar zu machen.

Kontakt:

Anne Wehkamp
Ausländerbeauftragte
Schlagbaumer Str. 126
42653 Solingen
Telefon 0212 290-2225
E-Mail a.wehkamp@solingen.de

Weitere Informationen:

www.solingen.zuwanderung.de
Bertelsmann Stiftung, Bundesministerium des Innern (Hrsg.):
Erfolgreiche Integration ist kein Zufall.
Strategien kommunaler Integrationspolitik. Gütersloh 2005. S. 18

ESSEN – ZENTRALE STEUERUNG MIT NETZWERKPARTNERN

DEMOGRAPHIE-PROFIL

Bundesland (Landkreis)
Nordrhein-Westfalen (kreisfreie Stadt)

Verwaltungseinheit
Großstadt

Bevölkerung (31.12.2003)
589.499

Entwicklung 1996–2003 (in %)
–3,6 %

Entwicklung 2003–2020 (in %)
–6,3 %

Ausländeranteil/Migrantenanteil (in %)
+11,6 % / +20 %

Räumliche Einordnung
Agglomerationsräume – Kernstädte

Ausgangslage/Problemstellung

Die Stadt Essen verzeichnete in den vergangenen 30 Jahren einen Bevölkerungsverlust von über 120.000 Einwohnern. In den nächsten 20 Jahren wird die Bevölkerungsentwicklung durch einen großen Rückgang des einheimischen Bevölkerungsanteils von gegenwärtig 80 % auf unter 70 % geprägt, in einigen Stadtteilen sogar noch mehr.

Mitte der 90er Jahre ließen Probleme mit nicht integrierten Menschen libanesischer Herkunft mit ihren deutschen Vermietern, Nachbarn und städtischen Ämtern die Grenzen der traditionellen Verwaltungssteuerung offenkundig werden. Daraufhin wurde eine erste Projektgruppe eingerichtet, um die Arbeit der verschiedenen Ämter, Institutionen und Organisationen zentral und dezentral in den Stadtteilen zu koordinieren, Ressourcen zu bündeln und bürgerschaftliches Engagement zu fördern.

Dieses Modell legte die Grundlagen für die jetzige Organisationsstruktur der Integrationspolitik der Stadt Essen, bei der nichtstädtische Netzwerkpartner an zentralen Steuerungsfunktionen auf oberster Verwaltungsebene beteiligt werden.

Ziel

- Die Stadt Essen hat den „Ausbau der Interkulturellen Orientierung“ als einen ihrer acht strategischen Schwerpunkte des Gesamtkonzerns definiert. Damit sollen folgende Ziele verfolgt werden:
- Ermöglichung eines gemeinsamen Lebens und Lernens von Deutschen und Nichtdeutschen
- Austausch statt Anpassung an die jeweiligen Strukturen stärken
- Abbau von Benachteiligungen und Voraussetzungen für eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen und sozialen Leben schaffen

Strategie

- Die Umsetzung dieser Schwerpunktes liegt vor allem bei der Stabsstelle RAA/Büro für interkulturelle Arbeit, welche sich folgende Amtsziele gesetzt hat:
- Umsetzung des Gesamtkonzeptes Sprachförderung
- Steigerung der politischen Partizipation von Migranten und deren Organisationen
- Förderung der gleichberechtigten Teilhabe von Migranten am Bildungssystem
- Steigerung der Mitarbeiterzufriedenheit durch Festigung der Aufbauorganisation
- differenzierte Anpassung der Geschäftsführung und Ablauforganisation an zukünftige Aufgabenschwerpunkte und Projektmanagement-Erfordernisse.

Meilensteine

- 1975 tagt der erste Ausländerbeirat der Stadt Essen, inzwischen unbenannt in Integrationsbeirat.
- 1999 beschließt der Rat der Stadt das „Konzept für die interkulturelle Arbeit“ in Essen.
- Ebenso wurden 1999 organisatorisch die RAA als Abteilung des Schulverwaltungsamtes und die Geschäftsstelle Ausländerbeirat zur neuen Organisationseinheit „RAA/Büro für interkulturelle Arbeit“ als Stabsstelle im Geschäftsbereich Jugend und Soziales zusammengefasst.
- 2005 wurde ein Ausschuss für Zuwanderer und Integration eingerichtet.

Akteure:

- An der Steuerungsgruppe der Stadt sind Vertreter folgender Institutionen beteiligt: Ratsfraktionen, Ausländerbeirat, Geschäftsbereiche Jugend und Soziales sowie Schule und Kultur,



Büro Stadtentwicklung, verschiedene Ämter, Schulaufsicht und Jugendverbände.

- Darüber hinaus sind an den Fach- und Entwicklungsgruppen beteiligt: Wohlfahrtsverbände, Träger, Vereine, Kammern, wissenschaftliche Institute, Migrantenvereine.
- Weitere Akteure wie Kitas oder Schulen im Rahmen der Maßnahmeplanung beteiligen sich.

Umsetzung

- Die politische Verantwortlichkeit für die Umsetzung des „Konzeptes für die interkulturelle Arbeit in der Stadt Essen“ mit dem Ziel, interkulturelle Orientierung als Querschnittsaufgabe auszubauen, liegt bei der Sozialdezernentin.
- Die Sozialdezernentin verantwortet als Mitglied im Verwaltungsvorstand die gesamtstädtische strategische Zielerreichung gegenüber dem Oberbürgermeister, dem Verwaltungsvorstand und der Politik.
- Für Prozesssteuerung und Koordinierung des Zieles „Ausbau der interkulturellen Orientierung“ ist die Steuerungsgruppe unter dem Vorsitz der Sozialdezernentin verantwortlich (Zusammensetzung siehe Akteure).
- Zentrale Einheit zur Durchführung strategischer und operativer Aufgaben ist die Stabsstelle RAA/Büro für Interkulturelle Arbeit, die im Geschäftsbereich Jugend und Soziales angesiedelt ist. Sie ist Anlaufstelle für Institutionen und Multiplikatoren sowie Stabsstelle zur Prozessbegleitung.
- Die Fach- und Entwicklungsgruppen (Akteure s. o.) arbeiten sozialraumorientiert zusammen mit anderen Netzwerken an der Maßnahmenplanung. Sie liefern den Input für die Steuerungsgruppe und die Stabsstelle.
- Durch die breite Beteiligung unterschiedlicher Fachbereiche und Akteure in den Netzwerken trägt das Essener Steuerungsmodell nicht nur zur Effizienz und Effektivität bei, sondern stärkt auch die gesamtstädtische Identifikation.

Bürgerbeteiligung:

- Es findet eine direkte Ansprache von Bürgern und insbesondere von Zuwanderern für ein projektbezogenes Engagement statt. Daneben arbeitet die Stadt mit zahlreichen intermediären Akteuren zusammen, die zum Beispiel eine Mittlerfunktion mit den islamischen Gemeinden übernehmen.
- Die Selbstorganisationen der Zuwanderer werden zum Teil finanziell und organisatorisch gefördert, ebenso findet eine logistische Unterstützung wie beispielsweise bei öffentlichen Veranstaltungen statt.

Finanzierung:

- Das Budget der Stabsstelle RAA/Büro für interkulturelle Arbeit betrug im Jahr 2003 2,3 Mio. Euro. Derzeit liegt der Schwerpunkt des Budgets mit 1,5 Mio. Euro auf der Umsetzung von Maßnahmen des interkulturellen Konzeptes, aktuell im Bereich der Sprachförderung. In geringem Maße werden auch die Ressourcen anderer Fachbereiche wie zum Beispiel das Budget des Schulbereiches genutzt.

Erfolge

- Integration ist inzwischen eine stadtpolitische Gesamtaufgabe in Essen. Getragen von einer konstanten parteienübergreifenden Kommunalpolitik, werden Handlungsansätze langfristig umgesetzt.
- Über die Jahre konnten verlässliche Netzwerke unter Beteiligung unterschiedlicher Fachbereiche und Akteure etabliert und ein Wandel von der klassischen „Ausländerpolitik“ hin zu einer integrativen Stadtpolitik vollzogen werden.
- Das „Essener Modell“ kommunaler Integrationspolitik gilt inzwischen als wegweisend für die Entwicklung dieses Politikfeldes und wird von vielen Kommunen, auch kleinerer Größe, implementiert.

Kontakt:

Dr. Helmuth Schweitzer

RAA/Büro für interkulturelle Arbeit

Tiegelstr. 27

45141 Essen

Telefon 0201 8328-400

E-Mail helmuth.schweitzer@interkulturellesbuero.essen.de

Weitere Informationen:

www.essen.de

Bertelsmann Stiftung, Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Erfolgreiche Integration ist kein Zufall.

Strategien kommunaler Integrationspolitik. Gütersloh 2005. S. 21 Dr. Alfred Reichwein (KGST), Stephanie Vogel:

„Integrationsarbeit – effektiv organisiert.

Ein Handbuch für Kommunen“.

Erstellt im Auftrag des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familien des Landes Nordrhein-Westfalen. Siehe S. 81 ff.

Download unter www.mgffi.nrw.de/pdf/integration/integrationsarbeit-handbuch.pdf

ARNSBERG – INTEGRATION UNTER EINEM DACH

DEMOGRAPHIE-PROFIL:

Bundesland (Landkreis)
Niedersachsen (kreisfreie Stadt)

Verwaltungseinheit
Großstadt

Bevölkerung (31.12.2003)
516.160

Entwicklung 1996–2003 (in %)
–1,2 %

Entwicklung 2003–2020 (in %)
–1,8 %

Räumliche Einordnung
Agglomerationsräume – hochverdichteter Kreis

Ausgangslage/Problemstellung:

Die Stadt Arnsberg dokumentiert seit 1965 ihre Integrationsarbeit. Wie andere Städte auch, erlebte Arnsberg in diesen Jahren eine starke Zuwanderung der sog. Gastarbeiter aus Ländern wie Italien, Griechenland, Spanien und der Türkei.

Mit der Veränderung der in Arnsberg ankommenden Zuwanderer seit Anfang der 80er Jahre erweiterte sich die Zielgruppe der Integrationsarbeit auf Asylbewerber, Flüchtlinge und Spätaussiedler. Ebenso veränderten sich die Schwerpunkte der Arbeit, neue Bereiche wie die Arbeit mit Kindern, Sprachförderung und Betreuungsarbeit kamen dazu.

Ziel:

- Die Stadt Arnsberg hat insgesamt 19 Schlüsselziele/Schwerpunkte formuliert. Das Ziel an vierter Stelle heißt „Menschen ausländischer Herkunft integrieren“.

Strategie:

- Für die Umsetzung dieses Zieles auf Seiten der Verwaltung ist der „Fachdienst Zuwanderung und Integration“ zuständig. Im Sinne eines ganzheitlichen Ansatzes wurden im Fachdienst alle wesentlich am Thema beteiligten Professionen zusammengefasst. So wirken hier die Bereiche Betreuung und Begleitung

von Zuwanderern, soziale und wirtschaftliche Hilfen, Unterbringung, Wohnungsvermittlung, Meldewesen und das klassische Ausländeramt unter einem Dach zusammen. Der Fachdienst hat, basierend auf dem Schlüsselziel der Stadt, in einem Prozess mit breiter Beteiligung unterschiedlicher Gruppen vier Oberziele für seine Arbeit definiert. Aus diesen Zielen wurden letztlich sechs Handlungsfelder abgeleitet, in denen sich nach Ansicht der Stadt Interventionsmöglichkeiten im Sinne positiver Integrationsarbeit ergeben:

- Sprachförderung
- Bildung
- Erwerbstätigkeit
- Wohnsituation
- Soziale Beratung
- Öffentlichkeitsarbeit

- Im Integrationsbericht der Stadt werden diese Handlungsfelder mit den entsprechenden Maßnahmen, Zielen und Verfahren hinterlegt.
- Die Zielgruppe der Integrationsarbeit in Arnsberg sind dabei nicht nur die Neuankommenden oder Zuwanderer mit bereits längerem Aufenthalt, sondern auch explizit die bereits heimische Bevölkerung.

Meilensteine:

- 1965: Bildung des internationalen Arbeitskreises, einer privaten Initiative, um ankommende Gastarbeiter zu unterstützen. Ebenso wurde in diesem Jahr die internationale Begegnungsstätte eingerichtet.
- 2001: Verabschiedung des Integrationskonzeptes der Stadt Arnsberg mit Zielen, Handlungsfeldern, Zielgruppen und Maßnahmen durch den Rat.
- Gründung des „Fachdienstes Zuwanderung und Integration“ im Rahmen der Verwaltungsreform.
- 2004 Erster Integrationsbericht der Stadt Arnsberg

Akteure:

- Der Fachdienst verfügt über 26 Stellen, davon sind drei Personen für das Integrationsmanagement zuständig. Das Verwaltungspersonal wurde für die speziellen Aufgaben im Bereich Integration qualifiziert.

Umsetzung:

- Der „Fachdienst Zuwanderung und Wohnungsvermittlung“ wurde im Rahmen der Verwaltungsreform und der damit ein-



hergehenden Reform der Organisationsstrukturen gebildet. Darin wurden alle am Thema beteiligten Professionen zusammengefasst.

- Der Fachdienst ist dem Fachbereich 1 – Bürgerdienste, Soziales, Sicherheit – zugeordnet und für folgende Themenbereiche zuständig:
- Integrationsmanagement; hier ist auch die Koordinationsaufgabe angesiedelt,
- Wohnungsvermittlung, auch das Ausstellen von Wohnberechtigungsscheinen,
- Ausländeramt,
- Asylbewerberleistungen,
- Unterbringung.
- Um die einheimische Bevölkerung für das Thema zu sensibilisieren und zu erreichen, wird dem Thema Öffentlichkeitsarbeit (Ausstellungen, Vorträge in Schulen, Presseartikel) eine besondere Bedeutung beigemessen.
- Der Fachdienst dient als zentrale Koordinierungseinheit zum Thema Integration und arbeitet sowohl strategisch als auch operativ. So dienen seine Mitarbeiter zum Beispiel als persönliche Ansprechpartner für Migranten, die in der Stadt ankommen, und unterstützen diese als Integrationsmanager bei allen notwendigen organisatorischen Angelegenheiten während der ersten Monate. Daneben dient der Fachdienst allen in der Stadt im Integrationsbereich tätigen Organisationen als zentraler Ansprechpartner und Mittler zwischen freien Trägern, Selbsthilfe-Initiativen und der Verwaltung.
- Die Besonderheit des Arnberger Fachdienstes für Zuwanderung und Integration ist die Einbindung des Ausländeramts in den Fachdienst. Dadurch wurde eine stärkere Vernetzung zwischen den eher administrativ ausgerichteten Leistungen und den eher begleitenden Diensten möglich.

Bürgerbeteiligung:

- Der Fachdienst kann bei seiner Arbeit auf das Netzwerk des internationalen Arbeitskreises zurückgreifen, der seit mehr als 30 Jahren in der Stadt ehrenamtlich arbeitet.
- Beim internationalen Arbeitskreis und anderen Institutionen sind bis zu 50 ehrenamtliche Helfer tätig, die in verschiedenen Projekten (zum Beispiel Sprache) mit der Stadt zusammenarbeiten. Das Engagement wird von der Stadt und durch den Bürgermeister stark gefördert und honoriert.

Finanzierung:

- Der Fachdienst verfügt insgesamt über ein Budget von knapp 3,5 Mio. Euro, für Maßnahmen speziell im Integrationsbereich sind 13.000 Euro vorgesehen. Der relativ geringe Umfang der Mittel zur Integration ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass andere Fachdienste Aufgaben übernehmen (wie beispielsweise Sprachfördermaßnahmen) und diese aus ihrem Budget finanzieren.

Erfolge:

- Umfragen unter den Bürgern der Stadt Arnberg bestätigen, dass das Zusammenleben der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen in der Stadt als wenig konfliktreich empfunden wird.
- Durch die Einrichtung des Fachdienstes konnte die Zusammenarbeit von Migranten und Verwaltung erheblich verbessert werden und in der Arbeit mit Asylbewerbern und Flüchtlingen eine deutliche Qualitätssteigerung festgestellt werden.
- Das bestehende Controlling- und Evaluationsverfahren der Stadt verfügt im Moment bereits über aussagefähige Messverfahren zum Beispiel im Bereich Bildung. Der Integrationsbericht der Stadt soll jedoch so weiterentwickelt werden, dass er in Zukunft eine Kosten- Nutzenanalyse abbilden kann.

Kontakt:

Peter Josek
 FD Zuwanderung und Integration
 Heinrich-Lübke-Str. 29
 59795 Arnberg
 Telefon 02932 201-1452
 Fax 02932 201-1372
 E-Mail zuwanderung-wohnen@arnsberg.de

Weitere Informationen:

www.arnsberg.de
 Dr. Alfred Reichwein (KGST), Stephanie Vogel:
 „Integrationsarbeit – effektiv organisiert.
 Ein Handbuch für Kommunen“.
 Erstellt im Auftrag des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familien des Landes Nordrhein-Westfalen. Siehe S. 73 ff.
 Download unter www.mgffi.nrw.de/pdf/integration/integrationsarbeit-handbuch.pdf

SOLINGEN – BETEILIGUNG VON MIGRANTEN ALS INSTITUTIONALISIERTE SELBSTVERSTÄNDLICHKEIT

DEMOGRAPHIE-PROFIL:

Bundesland (Landkreis)
Nordrhein-Westfalen (kreisfreie Stadt)

Verwaltungseinheit
Mittelstadt

Bevölkerung (31.12.2003)
164.543

Entwicklung 1996–2003 (in %)
–0,3 %

Entwicklung 2003–2020 (in %)
–4,2 %

Ausländeranteil (in %)
+13,8 %

Räumliche Einordnung
Agglomerationsräume – Kernstädte

Ausgangslage/Problemstellung:

Solingens Bevölkerungszahl ist im letzten Jahrzehnt kontinuierlich gesunken, langfristig wird ein Rückgang um 4,2 % erwartet.

Der Anteil der ausländischen Einwohner an der Solinger Bevölkerung beträgt 13,9 %, der Anteil der Zugewanderten ist aber weit höher: Unter Berücksichtigung von Aussiedlern und Eingebürgerten liegt die Quote bei mehr als 20 Prozent. In der Altersgruppe der unter Dreijährigen haben 41 Prozent der Kinder einen Migrationshintergrund.

Der Großteil der Migranten ist gut integriert, allerdings ist diese Bevölkerungsgruppe stärker von Benachteiligungen betroffen, die sich auf Gesundheit, Lebensqualität und Zukunftschancen auswirken.

Der Brandanschlag 1993 auf eine türkische Familie beeinflusste das Stadtklima nachhaltig. In der Folge kam es zu verstärkten Bemühungen um ein friedliches Zusammenleben von Deutschen und Ausländern.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt in Solingen auf der aktiven Einbeziehung der Migranten in das soziale und politische Stadtleben.

Ziel:

- Förderung der gleichberechtigten Teilhabe aller Solingerinnen und Solinger am städtischen Leben.

Strategie:

- Durch die Förderung von Beteiligungsprozessen verfolgt Solingen eine Doppelstrategie: Die zugewanderte Bevölkerung soll zur aktiven gesellschaftlichen Teilhabe ermutigt und ermächtigt werden. Des Weiteren sollen insbesondere deutsche Jugendliche durch Maßnahmen erreicht werden, um einer Ablehnung von Fremden entgegenzuwirken.
- Die Menschen sollen direkt und – falls notwendig – in ihrer Muttersprache angesprochen und zur Mitarbeit im Rahmen des bürgerschaftlichen Engagements ermutigt werden.

Meilensteine:

- Aktive Mitarbeit von Selbstorganisationen am interkulturellen Gesamtkonzept der Stadt, das 2001 verabschiedet wurde. Vertreter des Zuwanderer- und Integrationsrates entwickeln als Mitglieder der Umsetzungsgruppe das Integrationskonzept zusammen mit der Verwaltung weiter.
- Gründung des Jugendstadtrates im Jahre 1997. Durch ihn soll die Beteiligung Jugendlicher am politischen Prozess gesteigert werden. 40 % der gewählten Mitglieder weisen einen Migrationshintergrund auf.
- 5. November 2005: Solinger Integrationsbörse unter dem Motto „Mitgestaltung, Mitbestimmung und Mitverantwortung“, um einer breiteren Öffentlichkeit die Integrationsarbeit in der Stadt vorzustellen.

Akteure:

- Ausländerbeauftragte der Stadt
- Zuwanderer- und Integrationsrat
- Ausländer- und Integrationsbüro
- RAA
- Migrantenselbstorganisationen
- Bürgervereine
- Wohlfahrtsverbände
- Verwaltung
- Jugendstadtrat



Umsetzung:

- Eine Umfrage zum Thema Bürgerbeteiligung zeigte die hohe Bereitschaft der ausländischen Bevölkerung, sich an Aktivitäten auf Stadtteilebene zu beteiligen. Um alle Gruppen zu erreichen, wurden für die Umfrage binationale Interviewer und muttersprachliches Informationsmaterial eingesetzt.
- Gezielte Ansprache von Bürgern auf Stadtteilebene in Quartieren, in denen sich Bürgervereine zu gemeinsamen Maßnahmen gebildet haben. Die Informationen werden auch in den Muttersprachen der jeweiligen Gruppen zur Verfügung gestellt.
- Es besteht Unterstützung durch den mobilen Übersetzungsdienst, falls es im Rahmen der Projektarbeit Sprachbarrieren zu überwinden gibt. Ein Pool von ca. 40 ausländischen Fachkräften steht dem Dienst zur Verfügung.
- Neben den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Übersetzungsdienstes werden auch andere Bürger als Lotsen bzw. Brückenbauer gefördert und erhalten zum Beispiel eine Multiplikatoren-ausbildung.
- Die Vereine erfahren durch die Stadt nicht nur finanzielle Unterstützung, sondern vor allem Beratung. So berät der Zuwanderer- und Integrationsrat Vereine bei der Organisation von Projekten und veranstaltet Informations- und Austauschtreffen.
- Der Jugendstadtrat als Interessenvertretung pflegt gute Kontakte zu den Fraktionen, zum Teil werden gemeinsame Aktionen durchgeführt. Vor allem jedoch mischt sich der Jugendstadtrat durch zahlreiche Projekte und Aktivitäten direkt und erfolgreich in die Kommunalpolitik ein und kann sie beeinflussen. Die Bereitschaft der Jugendlichen, sich politisch zu engagieren, zeigt sich auch in einer hohen Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum Jugendstadtrat. www.jugendstadtrat.de
- Der erste Nachhaltigkeitsbericht der Stadt wurde gemeinsam mit Vereinen und Verbänden entwickelt.
- Jährlich wird von ca. 60–80 entwicklungspolitischen und ausländischen Vereinen ein internationales Kultur- und Umweltfest „Leben braucht Vielfalt“ vorbereitet und gestaltet. Das Fest unterstützt die Netzwerkarbeit und Kontaktbildung zwischen den verschiedenen Vereinen.
- Ein übersichtliches, klares und leicht auffindbares Internet-Angebot der Stadt (www.zuwanderer.solingen.de) informiert interessierte Bürger über Möglichkeiten des Engagements.

Bürgerbeteiligung:

- Kontakt und Zusammenarbeit mit verschiedenen Vereinen und Verbänden
- Beim Quartiersmanagement in der Innenstadt, aber auch bei den runden Tischen oder bei Stadtentwicklungskonzepten werden Bürger in die Entwicklung von Maßnahmen und Lösungen einbezogen.

Finanzierung:

- Seit 2005 erhält die Stadt Solingen Fördermittel für die strategische Weiterentwicklung der Integrationsarbeit aus dem Programm des Ministeriums für Generationen, Familien, Frauen und Integration des Landes NRW „Komm in-NRW – Innovation in der kommunalen Integrationsarbeit – eine Förderung durch das Land NRW“.

Erfolge:

- Hohe Bereitschaft von Migrantinnen und Migranten zur Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben im Rahmen der Mitarbeit in Vereinen und Stadtteilinitiativen.
- Der Veranstaltungskalender wird von Vereinen und Gruppen gemeinsam aufeinander abgestimmt.
- Die große Nachfrage nach Sprachkursen kann durch ein breites Angebot befriedigt werden. Viele Teilnehmer legen erfolgreiche Abschlüsse ab.

Kontakt:

Anne Wehkamp
 Ausländerbeauftragte
 Schlagbaumer Str. 126
 42653 Solingen
 Telefon 0212 290-2225
 E-Mail a.wehkamp@solingen.de

Weitere Informationen:

www.zuwanderer.solingen.de
www.jugendstadtrat.de
 Bertelsmann Stiftung, Bundesministerium des Innern (Hrsg.):
 Erfolgreiche Integration ist kein Zufall.
 Strategien kommunaler Integrationspolitik. Gütersloh 2005, S. 52

ESSEN – DEMOKRATIEERZIEHUNG MIT DEM KORAN

DEMOGRAPHIE-PROFIL:

Bundesland (Landkreis)

Nordrhein-Westfalen (kreisfreie Stadt)

Verwaltungseinheit

Großstadt

Bevölkerung (31.12.2003)

589.499

Entwicklung 1996–2003 (in %)

–3,6 %

Entwicklung 2003–2020 (in %)

–6,3 %

Ausländeranteil/Migrantenanteil (in %)

+11,6 % / +20 %

Räumliche Einordnung

Agglomerationsräume – Kernstädte

Ausgangslage/Problemstellung:

Die Stadt Essen verzeichnete in den vergangenen 30 Jahren einen Bevölkerungsverlust von über 120.000 Einwohnern. In den nächsten 20 Jahren wird die Bevölkerungsentwicklung durch einen großen Rückgang des einheimischen Bevölkerungsanteils von gegenwärtig 80 % auf unter 70 % geprägt, in einigen Stadtteilen sogar noch mehr.

Mitte der 90er Jahre ließen Probleme mit nicht integrierten Menschen libanesischer Herkunft mit ihren deutschen Vermietern, Nachbarn und städtischen Ämtern die Grenzen der traditionellen Verwaltungssteuerung offenkundig werden. Daraufhin wurde eine erste Projektgruppe eingerichtet, um die Arbeit der verschiedenen Ämter, Institutionen und Organisationen zentral und dezentral in den Stadtteilen zu koordinieren, Ressourcen zu bündeln und bürgerschaftliches Engagement zu fördern.

Dieses Modell legte die Grundlagen für die jetzige Organisationsstruktur der Integrationspolitik der Stadt Essen, bei der nichtstädtische Netzwerkpartner an zentralen Steuerungsfunktionen auf oberster Verwaltungsebene beteiligt werden.

Ein besonderer Schwerpunkt der Integrationsarbeit in Essen liegt auf der Kinder- und Jugendarbeit, wobei die Stadt zahlreiche neue Wege genommen hat, um alle Akteure in die Maßnahmen einzubinden und die Zielgruppen nachhaltig zu erreichen.

Ziel:

- Die Maßnahmen der Stadt Essen im Kinder und Jugendbereich gehen über das Ziel der Integration durch die Förderung von Sprache, Bildung und Qualifizierung hinaus. Durch innovative Angebote sollen soziales Bewusstsein und Verantwortungsgefühl – letztlich auch Gesetzestreue – der gefährdeten Jugendlichen gestärkt und somit Radikalisierungstendenzen und Gewaltbereitschaft eingedämmt werden.

Strategie:

- Die Stadt versucht durch die Einbindung aller Akteure wie der örtlichen Imame, der Polizei, der Moscheevereine und Wohlfahrtsverbände die Jugendlichen gezielt zu erreichen.
- Die Arbeitsgruppe „Kinder und Jugendliche“ hat im Rahmen der Umsetzung des interkulturellen Gesamtkonzeptes eine Bestandsaufnahme, Ziele und konzeptionelle Vorschläge zu der Frage erarbeitet, welche Barrieren Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund von der Teilnahme an Freizeitangeboten abhalten und durch welche Maßnahmen dies geändert werden könnte.

Akteure:

- Arbeitsgruppe „Kinder- und Jugendarbeit“
- RAA/Büro für interkulturelle Arbeit
- Imame
- Moscheegemeinden
- Wohlfahrts- und Jugendverbände
- Polizei
- Jugendhilfe
- Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit
- Schulen

Umsetzung:

- In einem gemeinsamen Projekt von Arbeiterwohlfahrt, Polizei und Moscheevereinen, Jugendhilfe und Straffälligenhilfe ("Jugendhilfenetzwerk") liegt der Schwerpunkt darauf, gefährdete oder bereits straffällig gewordene Jugendliche von weiteren Straftaten abzuhalten. Hauptbestandteil des Projektes ist die aktive Einbindung der Imame, da diese von den Jugendlichen



und ihren Eltern als Autorität geachtet werden. Die Imame konfrontieren die Jugendlichen mit jenen Texten des Korans, die dazu aufrufen zum Beispiel Gesetze zu achten. Dies hat sich als wirkungsvoll erwiesen.

- Viele Mädchen besuchten nicht die Jugendeinrichtungen, da sie ihre kleineren Geschwister beaufsichtigen mussten. Daher wurde begonnen, auch Kinder unter sechs Jahren in die Konzepte der Jugendarbeit einzubeziehen.
- Einige Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit werden von bis zu 90 % von ausländischen Jugendlichen besucht. Es kam zu verschiedenen Problemen, unter anderem sowohl zu Auseinandersetzungen zwischen den Jugendlichen unterschiedlicher Unterkunft als auch einer negativen Stigmatisierung der Einrichtungen durch deutsche Jugendliche.
- Das daraufhin entwickelte Konzept zielt darauf ab, Selbstbewusstsein und Selbsthilfepotenzial der ausländischen Jugendlichen zu stärken. Dazu zählt neben der Mitwirkung bei der Gestaltung der Räume etwa die Einstellung von Migranten als Multiplikatoren (Fachkräfte mit Migrationshintergrund) und Honorarkräften sowie die Zusammenarbeit mit moslemischen Institutionen.
- Zur Stabilisierung der Gruppenstrukturen dienen verschiedene Sportangebote wie Krafttraining, besondere Angebote für Mädchen, Schülercafé sowie Ganztags- und Wochenendangebote.
- Ein besonders erfolgreiches Projekt war der deutsch-englische Jugendaustausch zwischen in Deutschland lebenden jugendlichen Migranten aus dem Libanon und in England lebenden Jugendlichen aus Bangladesh. Zwischen den Gruppen entstand ein reger Dialog über die jeweiligen Lebensumstände und damit verbundene gesellschaftliche Themen. Insgesamt animierte der Austausch zahlreiche Teilnehmer zur aktiven Teilnahme und stärkte deren Selbstbewusstsein.

Bürgerbeteiligung:

- Die meisten Maßnahmen basieren auf dem bürgerschaftlichen Engagement der Jugendlichen selbst. Diese werden aktiv in die Gestaltung und Umsetzung der verschiedenen Projekte eingebunden.
- Der Erfolg der Arbeit basiert auch auf den partizipativen Prozessen der Projektentwicklung und der direkten Einbindung der verschiedenen Akteure.

Erfolge:

- Durch die Einbindung der Imame konnten nicht nur die betroffenen Jugendlichen besser erreicht werden. Gleichzeitig erkannten die Imame ihre Mitverantwortung dafür, dass benachteiligte Jugendliche nicht straffällig werden.

Kontakt:

Dr. Helmuth Schweitzer
 RAA/Büro für interkulturelle Arbeit
 Tiegelstr. 27
 45141 Essen
 Telefon 0201 8328-400
 E-Mail helmuth.schweitzer@interkulturellesbuero.essen.de

Weitere Informationen:

www.essen.de
 Bertelsmann Stiftung, Bundesministerium des Innern (Hrsg.):
 Erfolgreiche Integration ist kein Zufall.
 Strategien kommunaler Integrationspolitik. Gütersloh 2005. S. 52

HAMM – BÜRGERAMT FÜR MIGRATION UND INTEGRATION

DEMOGRAPHIE-PROFIL:

Bundesland (Kreis)

Nordrhein-Westfalen (kreisfreie Stadt)

Verwaltungseinheit

Großstadt

Bevölkerung (31.12.2003)

184.961

Entwicklung 1996–2003 (in %)

+1,5 %

Entwicklung 2003–2020 (in %)

+1,1 %

Ausländeranteil (in %)

+13,4 %

Räumliche Einordnung

Verstädterte Räume – Kernstädte

Ausgangslage/Problemstellung:

Rund 22 % der Bevölkerung der Stadt Hamm weisen einen Migrationshintergrund auf, mehr als 120 verschiedene Nationen sind hier vertreten. In einem Stadtteil liegt bei den 0- bis 35-jährigen Einwohnern der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung bei 50 %.

Im Stadtteil Uentrop steht der größte Hindu-Tempel Europas, der an Festtagen bis zu 20.000 Gläubige aus Deutschland und den Nachbarländern anlockt. Anfang 2006 wurde der erste repräsentative Moscheeneubau mit Platz für 1.200 Personen feierlich eröffnet.

Vor diesem Hintergrund verstärkte die Stadt ihre Integrationsanstrengungen seit dem Jahr 2000 erheblich und machte das Thema zu einem Leitprojekt der Stadtentwicklung. Kern der Bemühungen ist ein stadtweites Netzwerk, an dem neben Politik und Verwaltung auch alle relevanten Vereine und Gruppen beteiligt sind.

Ziel:

- Weitere Optimierung von Migrations- und Integrationsarbeit der Stadt als auch der kommunalen Service-Leistungen für Bürger mit Migrationshintergrund
- Ausbau der Steuerungsmöglichkeiten der Kommune angesichts der demographischen Entwicklung (weniger, älter, bunter)

Strategie:

- Durch die Schaffung des Bürgeramtes für Migration und Integration als zentrale Service-Stelle werden alle Dienstleistungen im Zusammenhang mit Migration und Integration gebündelt, die getrennten Bereiche der Ordnungsbehörde und der Sozialverwaltung zusammengeführt und somit den Kunden eine Bedienung aus einer Hand (one-stop-government) geboten.
- Gleichzeitig soll das Bürgeramt für Migration und Integration der gesamten Bevölkerung die gewachsene und zunehmende Bedeutung des Themas signalisieren.

Meilensteine:

- 1996: Bildung des Amtes für Soziale Integration mit der Aufgabe der Beratung und Betreuung von Behinderten und älteren Menschen sowie Menschen mit Migrationshintergrund.
- 2003: Beschluss des Leitprojektes „Sprach- und Integrationsförderung für Migrantinnen und Migranten“. Dieses setzt eine priorisierte Liste realistischer Ziele und Handlungsfelder der Integrationsförderung fest.
- 2004: Zusammenlegung zweier Netzwerke zu einem „Netzwerk Integration“
- 2006: Eröffnung des Bürgeramtes für Migration und Integration“

Akteure:

- Amt für Soziale Integration
- Ausländerbehörde
- Arbeiterwohlfahrt und Deutsches Rotes Kreuz
- Beauftragter für Migration und Integration
- Integrationsrat

Umsetzung:

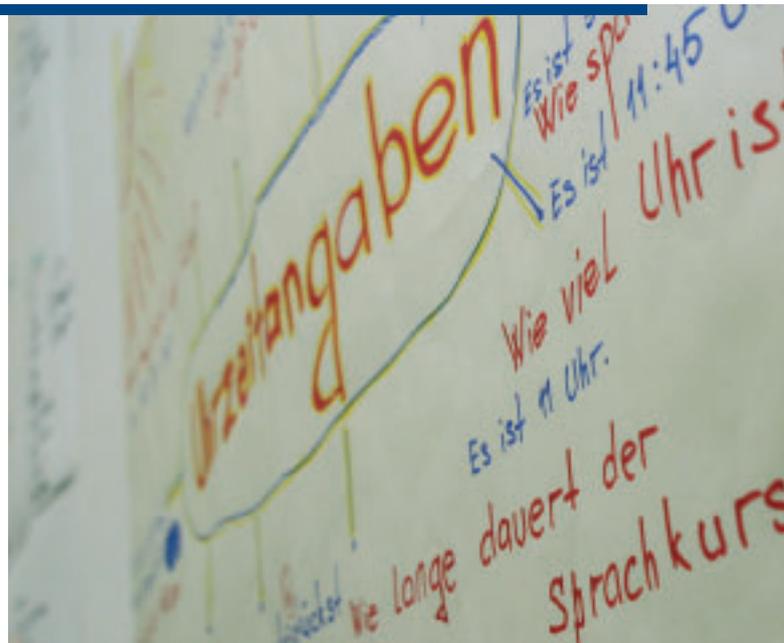
- In einem ersten Schritt wurde 2005 die bis dahin beim Amt für Personalstands- und Ausländerwesen angesiedelte Ausländerbehörde organisatorisch und räumlich dem Amt für Soziale Integration zugeordnet.
- Ebenso zogen die örtliche Migrationserstberatung und der Jugendmigrationsdienst – durchgeführt von Arbeiterwohlfahrt und Deutschem Roten Kreuz – in die Räumlichkeiten des Amtes für Soziale Integration und wurden Teil des Bürgeramtes für Migration und Integration.
- Alle beteiligten Institutionen wahren dabei jedoch ihre eigenständige Aufgabenwahrnehmung und die sich aus dem Zuwanderungsgesetz ergebende Unabhängigkeit. Dies wird auch den Kunden klar kommuniziert.
- Durch die Zusammenführung wurde nicht nur der Service für die Kunden optimiert. Durch die unmittelbare räumliche Zusammenarbeit kann mit jedem Neuzuwanderer unmittelbar nach der Einreise ein individuelles Integrationsprogramm entwickelt werden. In Zukunft soll dabei auch eine gegenseitige Integrationsvereinbarung getroffen werden.
- Durch diese neue Form der Integrationsarbeit werden Zeitverluste vermieden, die sich bis jetzt zum Beispiel im Bereich des Familiennachzuges negativ auf den Integrationsprozess ausgewirkt haben.
- Auch durch die räumliche Gestaltung (Front-Office, Spielecke etc.) soll den Migranten ihre Wertschätzung durch die Stadt Hamm vermittelt werden.

Bürgerbeteiligung:

- Die Stadt verfügt über ein flächendeckendes Netz von „Integrationsbegleitern und Mediatoren“, und durch direkte Ansprache werden Bürger ermuntert, als Integrationslotsen tätig zu werden.
- Die Stadt versucht, soweit möglich, Migranten und ihre Vereine und Organisationen in Entscheidungsprozesse einzubinden. Sie erhalten auch finanzielle Unterstützung zur Selbstorganisation.

Finanzierung:

- In Folge des Grundsatzbeschlusses des Rates zur „Sprach- und Integrationsförderung für Migrantinnen und Migranten“ im Jahre 2003 werden jährlich 50.000 Euro für die Entwicklung und Implementierung eines neuartigen Konzeptes der modularen Sprachförderung für den Elementarbereich und erwachsene Migranten bereitgestellt.



Erfolge:

- Die neuen Projekte und Konzepte der Stadt haben in der Bevölkerung zu einer Aufbruchstimmung und vielfach zu neuen Aktivitäten und Kontakten geführt.

Kontakt:

Günther Schwibbe
Beauftragter für Migration und Integration
Geschäftsstelle Integrationsrat
Sachsenweg 6
59073 Hamm
Telefon 02381 176004
Fax 02381 172891
E-Mail schwibbe@stadt.hamm.de

Weitere Informationen:

Eine eigene Website zum Thema Migration wird gerade aufgebaut, sonst www.hamm.de

WERDOHL – WERBEKAMPAGNEN IN STADTTTEILEN

DEMOGRAPHIE-PROFIL

Bundesland (Landkreis)

Nordrhein-Westfalen (kreisfreie Stadt)

Verwaltungseinheit

Kleinstadt

Bevölkerung (31.12.2003)

20.661

Entwicklung 1996–2003 (in %)

–7 %

Entwicklung 2003–2020 (in %)

–18 %

Ausländeranteil (in %)

+21,9 %

Räumliche Einordnung

Agglomerationsräume – hochverdichtete Kreise

Ausgangslage/Problemstellung:

Werdohl hat mit über 20 % den höchsten Anteil an Ausländern in Nordrhein-Westfalen. Der geschätzte Anteil von Einwohnern mit Migrationshintergrund liegt bei ca. 30 %.

Der Niedergang der Stahlindustrie führte hier zu einer besonders starken räumlichen und schichtspezifischen Segregation. 38 % der Arbeitslosen sind Zuwanderer, die meisten türkischer Herkunft. Besonders bei dieser Zuwanderergruppe konnte auch eine fehlende Integrationsbereitschaft festgestellt werden.

In den vergangenen zehn Jahren wuchs der Anteil der Ausländer in der Stadt um 13,2 %, bedingt durch den Zuzug von Ehepartnern insbesondere bei der türkischen Bevölkerung.

Obwohl es keine offenen Probleme im Zusammenleben gab, stieg die Verunsicherung vieler Bürger gegenüber der nichtdeutschen Bevölkerung.

Ziel:

- Ziel der Werdohler Politik ist es, Integrationspolitik nicht für Zuwanderer, sondern mit ihnen zu gestalten.

Strategie:

- Das wachsende Konfliktpotenzial veranlasste die Stadt, das Institut für interkulturelle Management- und Politikberatung (imap) mit der Entwicklung und Begleitung eines Integrationskonzeptes zu beauftragen.
- Im Mittelpunkt steht hierbei die Erkenntnis, dass der Bevölkerung Integrationsarbeit durch Marketing-Strategien vermittelt werden muss.

Meilensteine:

- 2003 Eröffnung des Werdohler Integrationsprojektes WIP mit der ersten Sitzung der Steuerungsgruppe, bestehend aus Vertretern der politischen Parteien, der Verwaltung und des imap.
- Ab 2004 Beginn der Teilprojekte, die sich aus Querschnittsaufgaben ergeben und auf Stadtebene diskutiert, entwickelt und durchgeführt werden.

Akteure:

- Stadt Werdohl, Fachbereich Soziales, Wohnen und Jugend
- Institut für interkulturelle Management- und Politikberatung (imap)
- Moscheegemeinden
- Zuwandererorganisationen
- Multiplikatoren-Teams

Umsetzung:

- Bei der Entwicklung des Werdohler Integrationsprojektes (WIP) stand neben der Entwicklung eines Handlungskonzeptes unter Beteiligung internationaler Akteure die Vermittlung der Integrationsarbeit durch Marketing-Strategien an die Bevölkerung im Vordergrund.
- Durch gezielte Ansprache und Werbemaßnahmen konnten zunächst Vertreter aller Moscheegemeinden und weitere Zuwandererorganisationen zur Mitarbeit bei der Erstellung des Integrationskonzeptes gewonnen werden.
- Ein Logo wirbt auf Plakaten und Handzetteln dafür, sich am Prozess der Gestaltung und Umsetzung von Projekten zu beteiligen. Diese werden in Stadteilrunden gemeinsam entwickelt. Deren Zusammenarbeit werden durch das Projektbüro der Kommune koordiniert.



- Durch den Einsatz von Multiplikatoren-Teams konnten zahlreiche Bürger zur Teilnahme an diesen Stadtteilforen gewonnen werden. So wurden zum Beispiel türkische Frauen durch eine direkte Ansprache in den Frauengruppen der Moscheen oder in den Kindergärten zu einer Teilnahme bewegt werden. Auch wurde im Rahmen des Freutagsgebetes in den Moscheen für die Teilnahme am Integrationsprojekt geworben.
- Teil der Marketing-Strategie ist auch ein Newsletter, der per E-Mail verschickt wird. Er unterstreicht den Netzwerk- und Querschnittsgedanken. Zu den Adressaten gehören Institutionen, Vereine, Verbände, Schulen, Bildungseinrichtungen, Unternehmen und interessierte Bürger. Er wird in Kürze über die Homepage der Stadt einzusehen sein,
- Ein Teil der Marketing-Strategie war eine Bürgerbefragung, die das imap unter anderem zur Selbst- und Fremdwahrnehmung von deutsch- und türkischstämmigen Bürgern durchführte. Teil der Ergebnisse der Befragung war die Feststellung, dass beide Bevölkerungsgruppen die kulturellen Unterschiede für überbrückbar halten. Die Ergebnisse der Befragung wurden ebenfalls auf der Website der Stadt veröffentlicht.

Bürgerbeteiligung:

- Die Marketing-Maßnahmen werden durch Multiplikatoren-Teams aus jeweils einer Person deutscher und einer Person ausländischer Herkunft unterstützt. Bei diesen so genannten „Stadtteilmüttern und -vätern“ handelt es sich um angesehene Bürger, die in der Stadt gut vernetzt sind und sich vor Ort gut auskennen.

Finanzierung:

- Die Stadt hatte zunächst Mittel aus dem Bundesprogramm „Soziale Stadt“ beantragt, konnte sich jedoch nicht qualifizieren. Daraufhin wurde die Umsetzung des Integrationsprojektes aus städtischen Mitteln und Sponsoring durch Unternehmen finanziert.

Erfolge:

- Durch die professionelle Öffentlichkeitsarbeit schafft es die Stadt, die Erfolge der Integrationspolitik regelmäßig in Presse, Rundfunk, Lokalfernsehen und sogar auf den Lokalseiten der türkischen Zeitung Hürriyet zu platzieren.
- Durch den Einsatz der Statteilmütter und -väter als Multiplikatoren konnten zahlreiche Bürger, und gerade Zuwanderer, für die Mitarbeit am Integrationsprojekt gewonnen werden.

Kontakt:

Uwe Wiederspahn
Fachbereich Soziales, Wohnen und Jugend
Goethestr. 51
58791 Werdohl
Tel: 02392 917-294
E-Mail u.wiederspahn@werdohl

Herr Jessen
imap
Institut für interkulturelle Management- und Politikberatung
Benrodestraße 131
40597 Düsseldorf
Tel: 0211 836892-0

Weitere Informationen:

www.werdohl.de
www.imap-institut.de
Bertelsmann Stiftung, Bundesministerium des Innern (Hrsg.):
Erfolgreiche Integration ist kein Zufall.
Strategien kommunaler Integrationspolitik. Gütersloh 2005. S. 67

SOLINGEN – AUSLÄNDER- UND INTEGRATIONS-BÜRO: PARTNER FÜR SOLINGER MIT AUSLÄNDISCHEM PASS

DEMOGRAPHIE-PROFIL:

Bundesland (Landkreis)
Nordrhein-Westfalen (kreisfreie Stadt)

Verwaltungseinheit
Mittelstadt

Bevölkerung (31.12.2003)
164.543

Entwicklung 1996–2003 (in %)
–0,3 %

Entwicklung 2003–2020 (in %)
–4,2 %

Ausländeranteil (in %)
+13,8 %

Räumliche Einordnung
Agglomerationsräume – Kernstädte

Ausgangslage/Problemstellung:

Solingens Bevölkerungszahl ist im letzten Jahrzehnt kontinuierlich gesunken, langfristig wird ein Rückgang um 4,2 % erwartet.

Der Anteil der ausländischen Einwohner an der Solinger Bevölkerung beträgt 13,9 %, der Anteil der Zugewanderten ist aber weit höher: Unter Berücksichtigung von Aussiedlern und Eingebürgerten liegt die Quote bei mehr als 20 Prozent. In der Altersgruppe der unter Dreijährigen haben 41 Prozent der Kinder einen Migrationshintergrund.

Der Großteil der Migranten ist gut integriert, allerdings ist diese Bevölkerungsgruppe stärker von Benachteiligungen betroffen, die sich auf Gesundheit, Lebensqualität und Zukunftschancen auswirken.

Der Brandanschlag 1993 auf eine türkische Familie beeinflusste das Stadtklima nachhaltig. In der Folge kam es zu verstärkten Bemühungen um ein friedliches Zusammenleben von Deutschen und Ausländern.

Ziel:

- Ziel des interkulturellen Konzeptes des Stadt Solingen ist die interkulturelle Öffnung als Teil der Unternehmenskultur aller in der Stadt aktiven Institutionen. Hierzu zählt auch die Weiterbildung städtischer Mitarbeiter in Fragen interkultureller Kompetenz.

Strategie:

- Die Ausländerbehörde entwickelte im Rahmen der Umsetzung des interkulturellen Gesamtkonzeptes verschiedene Serviceangebote, um sich als Partner aller Solinger mit ausländischem Pass zu etablieren.

Meilensteine:

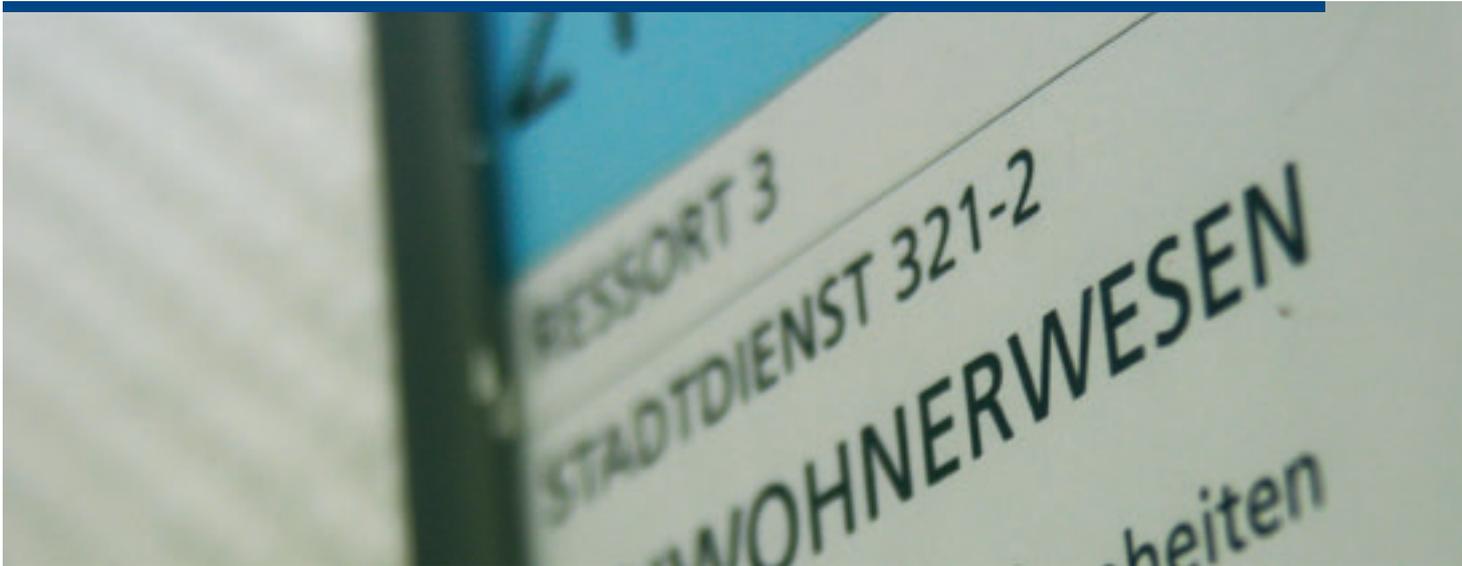
- 2003: Mitarbeiter der damaligen Ausländerbehörde der Stadt Solingen entwickelten in einer Zukunftswerkstatt zur Umsetzung des interkulturellen Konzeptes neue Service-Garantien für ihre tägliche Arbeit.

Akteure:

- Mitarbeiter des Ausländer- und Integrationsbüros der Stadt Solingen
- Ausländerbeauftragte
- Mitglieder der Umsetzungsgruppe des interkulturellen Gesamtkonzeptes

Umsetzung:

- Den Kunden des Solinger Ausländer- und Integrationsbüros erhalten klare Service-Garantien für die verschiedenen Dienstleistungen des Büros.
- Diese Servicegarantien enthalten unter anderem:
 - garantierte Terminvergabe innerhalb von sieben Werktagen.
 - keine Wartezeiten bei einem vereinbarten Termin
 - Benachrichtigung durch das Büro beim Ablauf der Aufenthaltserlaubnis
- umfassende Information zu Aufenthaltserlaubnis und Aufenthaltsberechtigung und Bearbeitung des Antrages innerhalb von drei Monaten
- Die Service-Garantien des Büros werden umfassend online und in fünf Fremdsprachen dargestellt.
- Die Arbeit des Ausländer- und Integrationsbüros werden regelmäßig in Form von Kundenbefragungen evaluiert.



- Teamsitzungen werden bei den am Ort ansässigen Wohlfahrtsverbänden durchgeführt.
- Die Mitarbeiter des Büros erhalten regelmäßig Fortbildungen, um die Leistung zu verbessern. Langfristig sollen auch die anderen Mitarbeiter der Stadt Fortbildungen zu Themen wie interkultureller Kompetenz erhalten. Daneben findet eine Ausbildung von Mitarbeitern zu zertifizierten Kundenberatern statt.
- Gemeinsam mit den Mitarbeitern der Ausländerbehörde hat das Ausländer- und Integrationsbüro den Solinger Integrationsleitfaden erarbeitet. Dieser enthält umfassende Informationen, Adressen und Ansprechpartner für Solinger Neuzuwanderer, von Aufenthaltsgenehmigung bis Zuwanderer- und Integrationsrat.

Finanzierung:

- Für die oben genannten Fortbildungsmaßnahmen sowie weitere Maßnahmen im Zuge der Umstellung erhielt die Stadt Solingen 2005 Fördermittel aus dem Programm des Ministeriums für Generationen, Familien, Frauen und Integration des Landes NRW „Komm in-NRW – Innovation in der kommunalen Integrationsarbeit – eine Förderung durch das Land NRW“.

Erfolge:

- Dem Ausländer- und Integrationsbüro wird durch regelmäßige Kundenbefragungen eine positive Bilanz erstellt.
- Die Zusammenarbeit zwischen der Integrationsbeauftragten und der Ausländerbehörde verläuft in Solingen kooperativ und partnerschaftlich.

Kontakt:

Mike Häusgen
Abteilungsleiter Ausländer- und Integrationsbüro
Postfach 10 01 65
42601 Solingen
Telefon 0212 290-2289

Anne Wehkamp
Ausländerbeauftragte
Schlagbaumer Str. 126
42653 Solingen
Telefon 0212 290-2225
E-Mail a.wehkamp@solingen.de

Weitere Informationen:

www.zuwanderung.solingen.de

RHEINE – OFFENE MOSCHEEN GEGEN VORURTEILE

DEMOGRAPHIE-PROFIL:

Bundesland (Landkreis)

Nordrhein-Westfalen (kreisfreie Stadt)

Verwaltungseinheit

Mittelstadt

Bevölkerung (31.12.2003)

76.288

Entwicklung 1996–2003 (in %)

+1,7 %

Entwicklung 2003–2020 (in %)

-2,9 %

Ausländeranteil (in %)

+7 %

Räumliche Einordnung

Verstädterte Räume – verdichtete Kreise

Ausgangslage/Problemstellung:

Als nahe zu den Niederlanden gelegene Stadt und als ehemaliger Standort der Textilindustrie ist Rheine schon seit der Industrialisierung Ziel von Zuwanderern.

Seit 1990 hat die Stadt ca. 5.500 Aussiedler aufgenommen, zusätzlich zogen viele Migranten aus anderen Kommunen in die Stadt. Die größten ausländischen Gruppen sind Türken, Portugiesen und Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien.

Die Stadt hat sich in den letzten Jahren aktiv um die Integrationspolitik gekümmert. So wurde 2003 ein Migrations- und Integrationskonzept mit klaren Zielen, Prioritäten und Handlungsfeldern durch den Stadtrat verabschiedet.

Ziel:

- Etablierung eines interkulturellen Dialoges und demzufolge eines Abbaus von Vorurteilen und Ängsten auf beiden Seiten

Strategie:

- Die Stadt ermunterte und unterstützte die muslimischen Gemeinden Rheines, die beiden Moscheen für alle Bürger zu öffnen und in direkten Dialog mit der Bevölkerung und den anderen Glaubensgemeinschaften zu treten.

Akteure:

- Migrationsbeauftragter
- Arbeitskreis Migration
- muslimische, evangelische und katholische Gemeinden Rheines

Umsetzung:

- In der Stadt existieren zwei Moscheen, die Heimat besonders für Muslime türkischer, arabischer und jugoslawischer Herkunft sind. Die Stadt trat mit beiden Gruppen in einen direkten Dialog, stellte den gegenseitigen Kontakt her und ermunterte sie, ihre Gotteshäuser für alle Bürger der Stadt zu öffnen. Die Idee wurde mit großem Interesse aufgenommen.
- In der Folge haben Gruppen aus allen gesellschaftlichen Bereichen die Moscheen besucht und konnten auch deren religiöse Zeremonien kennen lernen.
- Im Gegenzug haben die evangelischen und katholischen Gemeinden türkische Gruppen zu christlichen Gottesdiensten eingeladen. Zu bestimmten Anlässen werden auch gemeinsam mit dem Imam interreligiöse Gottesdienste durchgeführt.
- In zahlreichen weiteren Schritten wird auf verschiedenen Ebenen gegenseitiges Vertrauen aufgebaut:
- Herstellen von Kontakten zur Polizei-Inspektion, die in unmittelbarer Nachbarschaft zur Moschee liegt, Einführen von jährlichen „Neujahrsempfängen“
- Begehen islamischer Feiertage in Projekt-Kindergärten
- gemeinsame Organisation und Durchführung eines christlich-islamischen Friedensgebetes
- Imame werden bei Amtsantritt und Ausscheiden von der Bürgermeisterin empfangen bzw. verabschiedet. Dadurch wird das Amt des Imam als Seelsorger gewürdigt.
- Imam nimmt an Gottesdiensten zu Schuljubiläen teil.
- Imam und Dechant werden Mitglied im Netzwerk Migration
- Freitagspredigt liegt in deutscher Sprache aus.
- Durch die Öffnung der Moscheen konnten zahlreiche Vorurteile abgebaut werden. Vor allem konnten Ängste beseitigt werden, dass die Moscheen nur als Orte für Hasspredigten und extremistisches Gedankengut dienen würden.



Bürgerbeteiligung:

- Durch Vermittlung der Projektgruppe Migration der Stadtverwaltung haben Bürgergruppen, Kindergärten, Schulen, christliche Kirchengemeinden usw. Gelegenheit, eine Moschee kennen zu lernen.
- Kontaktaufnahme der unmittelbaren Nachbarschaft der Moscheen konnten in Einzelfällen begleitet werden.

Finanzierung:

- Die Moscheen sind eingetragene Vereine. Sie finanzieren sich aus Mitgliederbeiträgen und Spenden. Finanzielle Mittel von öffentlicher Seite gibt es nicht. Ein städtischer (muslimischer) Mitarbeiter initiiert und koordiniert den interreligiösen Dialog.
- Geplant ist eine interreligiöse Tagung im Rahmen der Fortschreibung des Migrations- und Integrationskonzeptes, die aus städtischen Mitteln finanziert wird.

Erfolge:

- Inzwischen gibt es zahlreiche Zeichen der Annäherung: Eltern aller Religionen kommen zum Ramadanfest in den Kindergärten, muslimische Kinder nehmen am Nikolausfest teil, und alle gemeinsam feiern das Lichterfest der Hindus.
- Bei religiösen schulischen Veranstaltungen (Jubiläen usw.) werden auch muslimische Geistliche eingeladen.
- Eine katholische Kirchengemeinde stellt Muslimen einen Teil ihres Friedhofes zur Verfügung.
- In der Stadt konnte sich keine ausländerfeindliche Szene etablieren.

Kontakt:

Helmut Hermes
Projektgruppe Migration
Klosterstraße 14
48431 Rheine
Telefon 05971 939-390
E-Mail helmut.hermes@rheine.de

Mustafa Tunceli
Projektgruppe Migration
Klosterstraße 14
48431 Rheine
Telefon 05971 939-391

Weitere Informationen:

www.rheine.de
Bertelsmann Stiftung, Bundesministerium des Innern:
Erfolgreiche Integration ist kein Zufall.
Strategien kommunaler Integrationspolitik. Gütersloh 2005, S. 64

ZEHN HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

ERFOLGSFAKTOREN FÜR KOMMUNALE INTEGRATIONSPOLITIK

1. Ein Konzept gemeinschaftlich entwickeln

Kommunalpolitik und Verwaltung entwickeln ein Leitbild sowie einen umfassenden Zielkatalog für Integrationspolitik. An diesem Prozess werden alle relevanten Akteure beteiligt.

2. Integration als Querschnittsaufgabe verankern

Kommunalpolitik und Verwaltung verankern Integration als gesamtstädtische und ressortübergreifende Aufgabe. Dabei wird die Koordinierung durch eine zentrale Stelle garantiert – sei es im Stab des Verwaltungschefs oder eines Fachdienstes. Umfassende Maßnahmen für bürgergesellschaftliche Beteiligung fördern eine breite Bearbeitung.

3. Integration muss Chefsache sein

Kommunalpolitik und Verwaltung gewährleisten eine klare politische Verbindlichkeit und Verantwortung. Dabei beschränkt sich „Chefsache“ nicht nur auf die Verwaltungsspitze. Ziele sind fraktionsübergreifender Konsens und parteiübergreifende Zusammenarbeit.

4. Integration mit allen und für alle

Beteiligung und auch ihre Anerkennung ist eine Grundlage jedes Integrationskonzeptes. Kommunalpolitik und Verwaltung stellen sicher, dass alle relevanten Vertreter der Migranten wie auch der Aufnahmegesellschaft an der Entwicklung von Maßnahmen beteiligt werden. Daneben ist eine starke Förderung des bürgerschaftlichen Engagements selbstverständlich. Wichtig ist bei allen Aktivitäten der Dialog auf gleicher Augenhöhe.

5. Akteure vernetzen

Kommunalpolitik und Verwaltung haben die Aufgabe, alle relevanten Akteure (Verwaltung, Politik, Migranten etc.) in die kommunale Netzwerkarbeit einzubinden. Besonders im Politikfeld Integration sind ein regelmäßiger Austausch und der Aufbau von Vertrauen notwendige Grundlage einer nachhaltigen Politik.

6. Für den Stadtteil planen und arbeiten

Kommunalpolitik und Verwaltung berücksichtigen bei ihrer Planung besonders die Stadtteile: Durch den direkten Kontakt zu den Bürgern und angepasste Maßnahmen kann zielorientiert und nachhaltig gearbeitet und geplant werden.

7. Ein breites Angebot schaffen

Kommunalpolitik und Verwaltung führen möglichst in allen Handlungsfeldern integrationsorientierte Maßnahmen durch. Besonders gilt dies für die Bereiche Bildung und Sprache, Beschäftigung, Beteiligung und Beratung. Dabei gilt es, mit den Zuwanderern und nicht für die Zuwanderer zu handeln.

8. Kommune als Arbeitgeber: Zeichen setzen

Kommunalpolitik und Verwaltung unterstützen als Arbeitgeber direkt die Integration der Zuwanderer in den Arbeitsmarkt und setzen somit ein Zeichen für die lokale Wirtschaft. Neben der Erhöhung des Migrantenanteiles in der Verwaltung gilt es, auch das übrige Personal interkulturell fortzubilden.

9. Dienstleitungen für alle öffnen

Kommunalpolitik und Verwaltung treffen umfassende Maßnahmen, um Zugangsbarrieren für Migranten abzubauen. Eine besondere Aufgabe liegt hier bei den Auslandsämtern, die gemäß Zuwanderungsgesetz ihre Rolle als Integrationsbehörden ausbauen müssen.

10. Erfolge messen

Kommunalpolitik und Verwaltung unterziehen die Wirkung der eingeschlagenen Strategie und Maßnahmen einer permanenten Untersuchung auf Erfolg und Misserfolg. Auch eine Stärkung des Monitoring erleichtert den Planungsprozess und führt zu einem effizienten Einsatz der Mittel. Dieser Prozess darf jedoch nicht der reinen Kontrolle, sondern muss der Transparenz dienen.

Adresse | Kontakt:

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh

Claudia Walther
Kompetenzzentrum Kommunen und Regionen
Telefon 05241 81-81360
E-Mail claudia.walther@bertelsmann.de

Ulrich Kober
Kompetenzzentrum Demokratie und Integration
Telefon 05241 81-81598
E-Mail ulrich.kober@bertelsmann.de

www.wegweiser-demographie.de/integration/solingen

www.erfolgreiche-integration.de

www.bertelsmann-stiftung.de

In Zusammenarbeit mit dem



Ministerium für Generationen,
Familie, Frauen und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen



Datenrecherche und Auswertung wurden durch das

Institut  **GEBIT** in Münster vorgenommen.